

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

36. Jahrgang
Nr. 4 – 2013
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Kolumbien: Nestlé-Arbeiter im Hungerstreik	2
Nils Melzer: Drohnen sind kein Videospiel	3
USA-Kuba: Washington komplett isoliert	4
Korea: Der Krieg ist nicht zu Ende	5
USA: Ärzte helfen foltern	6
Friedensnobelpreis an die OPCW: Auf Nummer sicher	7
Zum 90. Geburtstag von Uri Avnery	8

Steuergelder sinnvoller investieren:

Krippen statt Gripen

Referat von Lena Frank, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz anlässlich der Medienkonferenz zur Lancierung des Referendums gegen die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge vom 8. Oktober 2013. Es gilt das gesprochene Wort.

Von Lena Frank

Das Parlament genehmigt 3 Milliarden für die Anschaffung von 22 Armee-Flugzeugen, insgesamt 9 Milliarden, rechnet man Betrieb und Unterhalt dazu. Eine Menge Geld, insbesondere, wenn überall grosser Spardruck herrscht und viele wichtige Mittel gekürzt werden. Es fehlt allseits das Geld und der Bundesrat will in den Gripen investieren?! Ein Kampfjet, der bisher nur auf dem Papier besteht. 9 Milliarden ist viel Geld und es gibt zahlreiche sinnvollere Einsatzmöglichkeiten als die Investition in die Aufrüstung der Luftwaffe.

Franken könnte sogar eine Fotovoltaikanlage von 84 km², also etwa in der Grösse des Zürichsees erstellt werden.

Defizite der Kantone

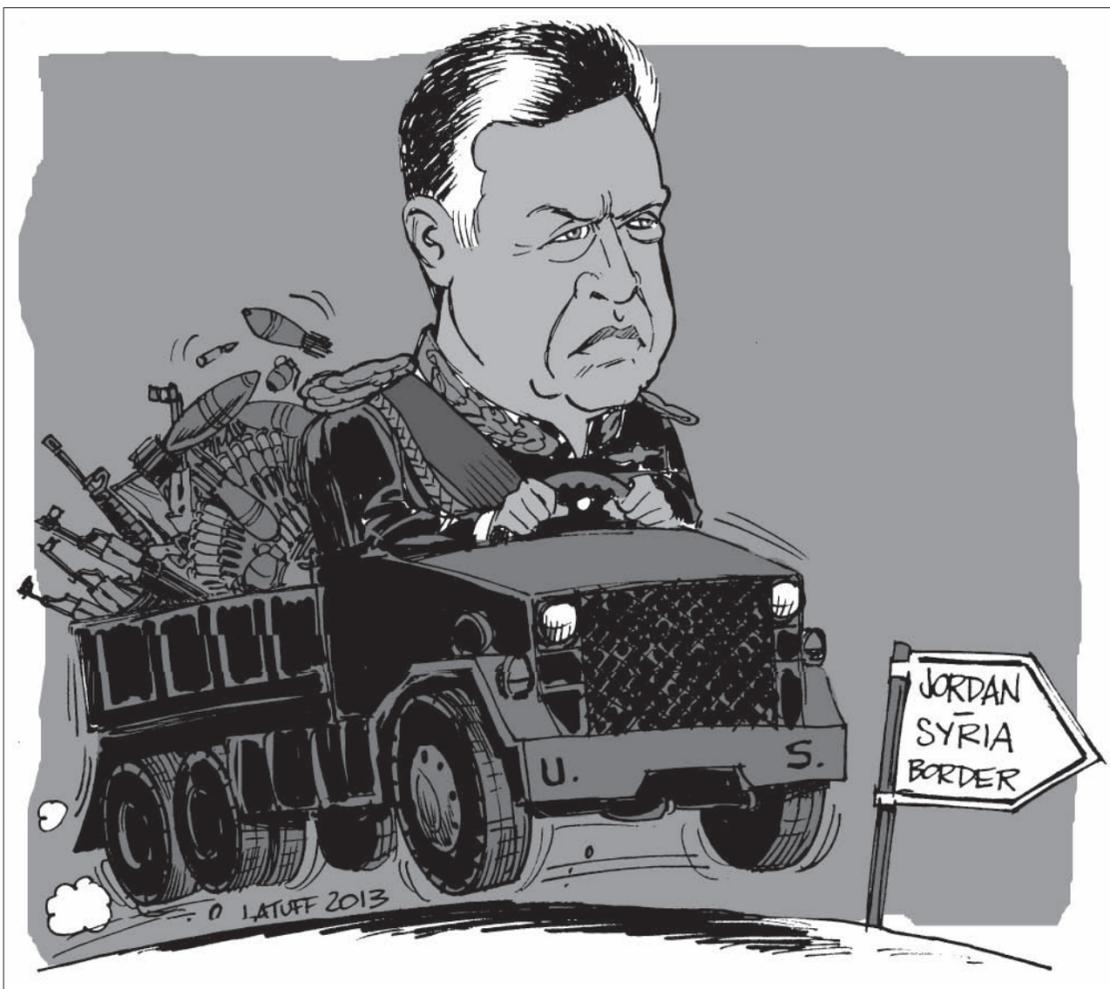
Oder die Defizite der Kantone: Werden die kantonalen Rechnungs-Defizite vom Jahr 2012 zusammen gerechnet, ergibt das eine Summe von rund 1.2 Milliarden. Die Unternehmenssteuerreform III beschert den Gemeinden, laut Berechnungen des Städteverbandes, Mindereinnahmen von insgesamt 1.5 Milliarden.

OeV-Projekte

9 Milliarden Franken fehlen auch im FinÖV-Fonds zur Finanzierung von Projekten im öffentlichen Verkehr. Die Bevorschussung von 9 Milliarden Franken soll bis 2016 über den Bahninfrastruktur-Fonds (BIF) zurückgezahlt werden. Eine Investition des Gripen-Geldes in den Bahnverkehr würde der Bevölkerung direkt zugutekommen und wäre eine ökologisch
Fortsetzung Seite 2

Energiewende

3 Milliarden, die der Bildung zugutekommen könnten, respektive 9 Milliarden, die für die Energiewende fehlen. So könnte z.B. mit 3 Milliarden Franken eine Fotovoltaikanlage, die 1.8 GW Strom produziert, gebaut werden, welche die jährliche Stromproduktion des AKW Mühleberg ersetzen könnte. Mit 9 Milliarden



Mit seinem Cartoon über den Jordanischen König Abdullah II. als Waffenlieferant auf dem Weg zur syrischen Grenze spricht der brasilianische Karikaturist Latuff das Hauptproblem im syrischen Konflikt an: Die ausländische Einmischung.

Syrien: Viele Hindernisse auf dem Weg nach Genf II

Dialog ohne Ausschluss

Fremde Einmischung und Zwiste unter den regionalen Akteuren und oppositionellen Kräften gefährden das Zustandekommen der Zweiten Internationalen Friedenskonferenz für Syrien. Bei Redaktionsschluss stand die Abhaltung der Konferenz mehr denn je in der Schwebe.

Von Jorge L. Rodríguez
González

Selbst Barack Obama scheint nun davon überzeugt zu sein, dass der einzige Weg zu einer Lösung des Syrienkonfliktes über politische Verhandlungen führt. Die militärische Karte, auf welche der US-Präsident gesetzt hatte, um einen Wechsel in Damaskus herbeizuführen, erzielte nicht die erwünschten Resultate. Niemand, nicht einmal Grossbritannien wollte ihm folgen, als er sich entschlossen erklärte, die levantinische Nation anzugreifen. Angesichts der vielen Interessen, die sich in dieser Auseinandersetzung innerhalb und ausserhalb des eigentlichen Schauplatzes immer stärker ins Spiel bringen, hätte ein solcher Angriff zweifellos zu einem Flächenbrand in der Region geführt.

Die unermüdete und intelligente Diplomatie Russlands und die konstruktive Rolle, die es in den internationalen Beziehungen einnimmt, haben Syrien einstweilen von einer ausländischen Aggression mit deren

zerstörerischen Folgen bewahrt. Die Übereinkunft zwischen Moskau und Washington zur Inspektion und späteren Vernichtung der chemischen Waffen in dem arabischen Land bilden eine gute Grundlage für die Verhandlungen, die nun ohne Verzögerungen stattfinden müssen.

Trotzdem ist der Weg zum Frieden weiterhin äusserst steinig. Noch sind sich die Gegenspieler überhaupt nicht einig, wie der Frieden erreicht werden könnte, wie sich die Region geostrategisch konfigurieren müsste und wie ein künftiges Syrien auszuweisen hätte. Deshalb unternahm der Sondergesandte der UNO und der Arabischen Liga, Lakhdar Brahimi, eine weitere Reise durch verschiedene, mehr oder weniger direkt in den Konflikt eingebundene Staaten wie die Türkei, Iran, Irak, Kuwait, Oman, Jordanien und Aegypten, um Kriterien auszutauschen, Unterstützung für seine Initiative zu gewinnen und die Positionen anzunähern, bevor er sich schliesslich auch nach Syrien begab, um mit Präsident Bashar al-Assad zusammenzutreffen.

Der Boykott

Aber die Bemühungen von Brahimi stiessen auf dieselben Hindernisse, die der ehemalige Aussenminister Algeriens schon von früheren Reisen in der Region kannte: die Uneinigkeit über eine Beteiligung des Iran an der Friedenskonferenz, die Unterstützung der auf syrischem Boden kämpfenden terroristischen Gruppen durch Logistik und Söldner und schliesslich die Rolle von al-Assad im Übergangsprozess zu einem neuen Syrien.

Eine Station liess Brahimi diesmal aus: Saudi-Arabien, das sich besonders hervortut in der Bereitstellung von Söldnern und Waffen, auch chemischen, für die regierungsfeindlichen Banden in Syrien. Diese Nation sperrte sich mit allen Kräften gegen die Übereinkunft, welche die USA und Russland in Bezug auf Syrien erzielt hatten und auch gegen die Annäherung zwischen Washington und Teheran im Disput über das iranische Nuklearprogramm.

Die Vorwürfe der Saudis gegenüber ihrem nordamerikanischen Verbündeten führten gar zu beispiellosen Weigerung der islamischen Monarchie, sich als nicht-ständiges Mitglied in den UNO-Sicherheitsrat wählen zu lassen.

Fortsetzung Seite 2

«Intellektuelle Prostituierte»

(ms.) «Es gibt hier und heute in Amerika nichts, was man als unabhängige Presse bezeichnen könnte. Sie wissen das und ich weiss das», meinte vor 125 Jahren der ehemalige Herausgeber der New York Times und der New York Sun, John Swinton, nachdem ein Berufskollege in einem Trinkspruch eben diese unabhängige Presse gefeiert hatte. Und er fuhr fort:

«Es gibt keinen unter Ihnen, der es wagt seine ehrliche Meinung zu schreiben, und wenn Sie sie schrieben, wüssten Sie im voraus, dass sie niemals gedruckt würde. Ich werde wöchentlich dafür bezahlt, meine ehrliche Überzeugung aus der Zeitung, der ich verbunden bin, herauszuhalten. Anderen von Ihnen werden ähnliche Gehälter für ähnliches gezahlt, und jeder von Ihnen, der so dumm wäre, seine ehrliche Meinung zu schreiben, stünde auf der Strasse und müsste sich nach einer anderen Arbeit umsehen. Würde ich mir erlauben, meine ehrliche Meinung in einer Ausgabe meiner Zeitung erscheinen zu lassen, würden keine vierundzwanzig Stunden vergehen und ich wäre meine Stelle los.

Das Geschäft von uns Journalisten ist es, die Wahrheit zu zerstören, freieraus zu lügen, zu verfälschen, zu Füssen des Mammons zu kriechen und unser Land und seine Menschen fürs tägliche Brot zu verkaufen. Sie wissen es, ich weiss es; wozu der törichte Trinkspruch auf die unabhängige Presse?

Wir sind die Werkzeuge und Vasallen reicher Menschen hinter der Szene. Wir sind die Marionetten, sie ziehen die Schnüre und wir tanzen. Unsere Talente, unsere Fähigkeiten und unsere Leben sind alle das Eigentum anderer. Wir sind intellektuelle Prostituierte.»

Hinter der Szene von «Unsere Welt» stecken keine reichen Menschen. So sind wir auch niemandes Vasallen und können Ihnen eine Zeitung voller ehrlicher Überzeugungen in die Hände geben. Unser Geschäft soll es sein, Wahrheiten zu suchen und zu verteidigen, Lügen zu entlarven und Verfälschungen entgegenzutreten. Wir sind froh, dass wir dabei nicht «zu Füssen des Mammons» kriechen müssen, sondern auf Ihre Unterstützung zählen dürfen. Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7

Fortsetzung von Seite 1

Zwischen Saudi-Arabien und dem Iran gibt es eine alte Rivalität, die sich mit der US-Aggression gegen den Irak 2003 und dem nachfolgenden Sturz von Saddam Hussein noch vertieft. Aus diesem Grund sträubt sich Saudi-Arabien auch gegen eine Teilnahme des Iran an der Friedenskonferenz, die ursprünglich am 23. November in Genf hätte beginnen sollen.

Die Erdölmonarchie klammert sich wie auch die Türkei und Katar an einen Sturz von al-Assad, weil damit – unabhängig von den spezifischen Interessen, die diese Staaten sonst noch verfolgen – dem wachsenden regionalen Einfluss des Iran ein empfindlicher Schlag versetzt werden könnte. Deswegen stellt sie sich hinter alles, das sich anti-syrisch gibt und erklärte sich sogar öffentlich bereit, die US-amerikanische Aggression gegen Syrien zu finanzieren, als sich abzeichnete, dass Obama und die Kriegsfalke mit ihrer Absicht, Raketen abzufeuern, alleine bleiben würden. Statt in dieser Krise einen konstruktiven Ansatz einzunehmen, verlangen die Länder, welche die regierungsfeindlichen Gruppen finanziell unterstützen (mit Saudi-Arabien an der Spitze) oder ihnen Unterschlupf gewähren (Türkei) den Abgang von al-Assad als Vorbedingung zur Eröffnung des nationalen Dialogs. Für die Regierung in Damaskus ist eine derartige ausländische Einmischung in eine Angelegenheit, die allein Sache des syrischen Volkes ist, unannehmbar.

Zumal die Friedenskonferenz, die von den USA und Russland vorbereitet wird, zum Ziel haben soll, die im Juni 2012 in Genf erzielte Übereinkunft der Aktionsgruppe für Syri-



«Uncle Sam» als Salafist in Syrien. Karikatur von Latuff

en umzusetzen. Der Kurs, der darin skizziert wurde, ist zwar nicht ohne Fallstricke, sah er doch die Bildung einer Übergangsregierung mit Einbezug der oppositionellen Kräfte vor, einen überwachten Prozess der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Abhaltung von Wahlen. Hingegen spricht die Übereinkunft nirgends von einem Ausschluss von al-Assad, wie dies die USA später hineininterpretierten, um den Präsidenten zum Rücktritt zu zwingen.

Das Weisse Haus hat seine Sprache gegen al-Assad in der Zwischenzeit etwas zügelnd müssen, insbesondere nach der Übereinkunft zur Chemiewaffen-Inspektion. Sogar Aussenminister Kerry, der noch vor wenigen Wochen al-Assad des Mordes bezichtigte und sich für eine Aggression des Pentagon unter Umgehung des UNO-Sicherheitsrates und des US-amerikanischen Kongresses ausgesprochen hatte, musste nun öffentlich anerkennen, dass al-Assad Kredit verdiene in der Umsetzung der Sicherheitsrats-Resolution zur Vernichtung der Chemiewaffen.

Was zur Aufnahme von ernsthaften Verhandlungen als erstes Not tut, ist eine Einstellung der Feindseligkeiten. Dies sah auch der Aktionsplan der ersten Genfer Friedenskonferenz so vor, und al-Assad selbst hat in der kurzen Begegnung mit Brahimi Ende Oktober gegenüber dem algerischen Diplomaten klar festgehalten, dass die Gegner Syriens damit aufhören müssten, die bewaffneten Gruppen zu finanzieren. Solange diese Gruppen auf die Finanzspritzen und die logistische Unterstützung durch die Türkei, Katar und Saudi-Arabien zählen können, werden sie ihre kriegerische Haltung nicht aufgeben und sich kaum an den Verhandlungstisch bewegen lassen.

Zur Zeit scheint Saudi-Arabien seine Position nicht aufgeben zu wollen. Der saudische Geheimdienstchef Prinz Bandar Bin Sultan al-Saud, welcher verschiedenen Medien zufolge die sogenannten Rebellen mit Chemiewaffen versorgt haben soll, bekräftigte kürzlich gegenüber europäischen Diplomaten die Absicht, diese syrischen Gruppen auch unabhängig von der CIA auszubilden und dabei mit Staaten wie Jordanien oder Frankreich zusammenzuarbeiten.

Solange sie sich aber derart mit Unruhen, Terrorismus und Angriffen auf die Institutionen des Landes konfrontiert sehen, solange werden auch die regierungstreuen Truppen

gezwungen sein, ihre «Säuberungsaktionen» in den Städten des Landes fortzusetzen.

Sowohl die Regierung in Damaskus wie auch die paramilitärischen Gruppen, die sich deren Sturz zum Ziel gesetzt haben, besitzen Verbündete, welche sie mit Sauerstoff versorgen. Solange die zahlreichen Banden, die im Land operieren, darunter viele von Al-Qaida gelenkte Terroristen, von ihren Paten immer wieder Waffen, Munition und politische Unterstützung erhalten, solange werden sie von einem militärischen Sieg über die Syrische Armee träumen und nach absoluter Macht trachten und deshalb auch kein Ticket nach Genf kaufen.

Erinnern wir uns daran, dass bereits frühere Versuche, zu einer politischen Verhandlungslösung zu kommen, daran scheiterten, dass die benachbarten Staaten die regierungsfeindlichen Gruppen mit Foren motivierten wie dem schlecht benannten «Freunde Syriens», wo eine breite Gruppe von Nationen, die einen Regierungswechsel in Syrien befürworten, diplomatische, materielle und finanzielle Unterstützung für die Banden suchten.

Auf der andern Seite müssen Iran und Russland für die Ernsthaftigkeit und das Engagement von Damaskus in den künftigen Verhandlungen sorgen.

Ohne Verhandlungspartner

Aber die Differenzen zwischen den regionalen und internationalen Akteuren bestimmen auch die Fallstricke im Innern der Nation. Selbst die USA und Europa schaffen es nicht, die bewaffnete Opposition zu einer Beteiligung am Prozess zu bewegen.

Genf II sah sich von dem Moment an mit Boykott konfrontiert, als die Idee zur Durchführung der Verhandlungen entstand. Bis heute steht die wichtigste Oppositionsgruppe, die Syrische Nationale Koalition (SNK) einer Teilnahme zögerlich gegenüber. Zahlreiche der bewaffneten islamistischen Gruppen haben zudem bereits erklärt, eine Teilnahme sei gleichbedeutend mit Verrat und sie versuchen mit Druck und Erpressung zu verhindern, dass sich irgendeine der Gruppen, die das breite paramilitärische und terroristische Mosaik bilden, am Dialog beteiligt.

Gemäss der Nachrichtenagentur Al Arabiya hat Brahimi bei seiner Abreise aus Damaskus unterstrichen, dass die Zweite Internationale Friedenskonferenz nur stattfindet, wenn sich auch die syrische Opposition daran

beteilige. Es wird erwartet, dass die Syrische Nationale Koalition ihre Position an einer Tagung ihrer Exekutive in Istanbul definitiv festlegt (nach Redaktionsschluss, UW-Red.). Eigentlich hätte sich dieses Gremium bereits Ende Oktober treffen sollen, dann wurde die Sitzung auf den 1. November und schliesslich auf den 9. November verschoben, was einiges aussagt über die internen Diskrepanzen und Kämpfe.

Innerhalb dieser grossen Dachorganisation hat sich bereits der Syrische Nationalrat (SNC) als wichtigste Kraft der im Ausland ansässigen Opposition gegen eine Teilnahme an Genf II ausgesprochen. SNC-Führer George Sabra wird zwar nach Istanbul reisen aber drohte damit, die Koalition zu verlassen, sollte sie sich für den Dialog mit der Syrischen Regierung entscheiden. Die Plattform, die von etlichen westlichen und arabischen Ländern trotz ihrer Unterwanderung durch die Al-Qaida anerkannt wird, sieht sich in ihrer Legitimität als vermeintliche Führung der Assad-Gegner durch derartige interne Auseinandersetzungen geschwächt. Allein im Oktober haben um die 70 «Rebellen»-Gruppen aus dem Süden Syriens angekündigt, sie fühlen sich politisch durch die Koalition nicht mehr vertreten und zögen ihre Unterstützung zurück. Bereits zuvor hatten um die zehn Gruppen aus dem Norden denselben Beschluss gefasst.

Nestlé-Arbeiter im Hungerstreik

Druck aufsetzen

Am 5. November 2013 sind Arbeiter von Nestlé Kolumbien in den Hungerstreik getreten. Die Schweizerische Friedensbewegung hat sich einer Mail-Aktion von MultiWatch.ch an Nestlé-CEO Paul Bulcke angeschlossen und Nestlé Kolumbien zur unverzüglichen Aufnahme von Gesprächen mit der zuständigen Gewerkschaft Sinaltrainal aufgefordert.

Ein Hungerstreik ist keine gewöhnliche Protestform. Zu dieser Massnahme greifen Menschen dann, wenn andere Formen des Protests keine Wirkung gezeigt haben. So auch in Bugalagrande: Die Gewerkschaft Sinaltrainal fordert seit langem, dass der am 22. Juni 2012 unterzeichnete Gesamtarbeitsvertrag von Nestlé vollumfänglich umgesetzt wird. Dies ist jedoch nicht der Fall. Nestlé Kolumbien weigert sich seit mehreren Monaten, Gespräche mit Sinaltrainal zu führen, gleichzeitig hat sie den Druck auf die Gewerkschaft erhöht: Neu eingestellte ArbeiterInnen werden gedrängt, der Konkurrenzgewerkschaft Sintraimagra beizutreten, die im vergangenen Jahr während eines Arbeitskonflikts gegründet wurde. Damit wird die Gewerkschaft Sinaltrainal gezielt geschwächt und das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit verletzt. Gleichzeitig delegitimiert und diffamiert Nestlé Kolumbien die Gewerkschaft Sinaltrainal: Manuel Andrés K., Präsident von Nestlé Kolumbien, bezichtigte die Gewerkschaft in einem Communiqué am 31. Oktober, zu Gewalt und Sabotage-Akten aufzurufen.

Solche Bezichtigungen sind in Kolumbien äusserst gefährlich und machen die Gewerkschafter zu einer Zielscheibe für Paramilitärs. Gewerkschafter in Nestlé-Fabriken wurden in der Vergangenheit wiederholt mit dem Tod bedroht, dabei waren immer Gewerkschafter betroffen, welche in einen Arbeitskonflikt mit Nestlé involviert waren.

Wegen der Unterlassung von Schutzmassnahmen im Fall des ehemaligen Nestlé-Arbeiters und Sinaltrainal-Gewerkschafters Luciano Romero ist gegen die Nestlé AG und führende Direktoren des Konzerns eine Klage in der Schweiz hängig. Luciano Romero wurde 2005 von Paramilitärs entführt, gefoltert und ermordet, Nestlé hatte Kenntnis von

Schrauben anziehen

Es gibt viele Hindernisse, die nicht nur den Erfolg von Genf II in Frage stellen, sondern sogar die eigentliche Abhaltung. Das einzige, was gemäss UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zur Zeit zu laufen scheint, sind die logistischen Vorbereitungen, während die Widersprüche ungeklärt bleiben.

Washington und Europa, die bis anhin den Zermürbungskrieg gegen die Syrische Regierung und die regionalen Spaltungen gefördert haben, müssen den Gruppierungen, die von ihnen unterstützt werden und auch ihren Alliierten im Mittleren Osten die Dauerschrauben ansetzen. Washington muss zudem einen Weg finden, auch Saudi-Arabien einzubeziehen ohne gleichzeitig seine Spannungen mit Iran wieder zu erhöhen, was einermassen schwierig sein dürfte.

Wenn man wirklich will, dass Gespräche aufgenommen werden und zu einem sicheren Hafen führen, dann besteht das Rezept in einem Dialog, der niemanden ausschliesst, der die syrische Souveränität respektiert und auf Vorbedingungen wie den Rücktritt von al-Assad verzichtet.

Es wird eine schwierige Verhandlung sein, aber es ist der einzige Ausweg.

Jorge L. Rodríguez González ist Auslandsredaktor der kubanischen Tageszeitung «Juventud Rebelde». Übersetzung Martin Schwander

Fortsetzung von Seite 1



sinnvollere Option als der Kauf neuer Kampfjets.

Solidarität

Wenn der Bundesrat national keine bessere Investitionsmöglichkeit als neue Kampfjets sieht, so herrscht international aber noch viel Handlungsbedarf. So könnte er in die Bekämpfung von Hunger und Armut, den Ausbau der Entwicklungshilfe und der zivilen Friedensförderung investieren. Es könnte jedem Malariaopfer eines Jahres ein Mückennetz geschenkt werden, oder die Schweiz könnte AIDS Medikamente für mehrere 100 000 Menschen zur Verfügung stellen.

Mit 3 oder 9 Milliarden wäre viel möglich. Ob eine verantwortungsvolle Zukunftsplanung vom Kauf neuer Flieger abhängt, ist fragwürdig, eine liebevolle Betreuung der nächsten Generation aber essenziell. Nehmen wir das Beispiel Krippenplätze.: Geht man davon aus, dass ein Krippentag 110 Franken kostet, könnte jedes Schweizer Kind im Alter von 2–4 Jahren während einem Jahr 10 Tage pro Monat von einer Krippe betreut werden. Dies würde den Staat 3.2 Milliarden Franken kosten. Ungefähr gleich viel wie der Kauf neuer Kampfflugzeuge.

Es gibt vernünftigeren Investitionsmöglichkeiten. Deshalb: Lieber Krippen statt Gripen!

Unterschriftenbögen gibt es bei www.stop-gripen.ch oder bei Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge, Postfach, 8031 Zürich.

seiner Bedrohung, unternahm jedoch nichts zu seinem Schutz.

Sinaltrainal hat wiederholt kritisiert, dass die zunehmenden Importe von Milchpulver und anderen Rohstoffen Arbeitsplätze in Kolumbien ebenso wie die Existenz kleiner und mittlerer Produzenten gefährden. Ebenso hat die Gewerkschaft Fälle publik gemacht, wo die Qualität der Nestlé-Produkte ungenügend war. In jüngster Zeit hat Sinaltrainal insbesondere auf ungenügende Pasteurisierung und Sterilisierung, rostende Büchsen, schlechte Qualität der importierten Rohstoffe oder Metallteile in Nahrungsmitteln hingewiesen. Dass nun der Präsident von Nestlé Kolumbien die Gewerkschaft bezichtigt, der Qualität der Produkte zu schaden, wirkt wie eine Ablenkung von diesen Fällen – jedoch ist diese Bezichtigung für die Gewerkschafter lebensbedrohlich.

In einem Protestmail an den Nestlé CEO Paul Bulcke fordern Einzelpersonen und Organisationen, darunter die Schweizerische Friedensbewegung u.a.

– dass Nestlé Kolumbien unverzüglich mit Sinaltrainal Gespräche aufnimmt;

– dass Nestlé Kolumbien den mit der Gewerkschaft Sinaltrainal ausgehandelten und unterschriebenen Gesamtarbeitsvertrag vollumfänglich erfüllt;

– dass Nestlé Kolumbien die in Gesetzen und internationalen Konventionen verankerte Gewerkschaftsfreiheit vollumfänglich garantiert;

– dass Nestlé Kolumbien alles unternimmt, um das Leben und die Integrität der bedrohten Gewerkschafter zu schützen;

– dass Nestlé sich von den Morddrohungen gegen Gewerkschafter in Nestlé-Betrieben öffentlich distanziert und sie verurteilt.

Aktuelle Infos zum Hungerstreik auf www.multiwatch.ch

Gezielte Tötungen

«Drohnen sind kein Videospiel»

Die USA haben in letzten Jahren Tausende Menschen mit Drohnen getötet. Doch diese unbemannten Flugkörper seien nur ein Schritt auf dem Weg zu weitgehend automatisierten Streitkräften, sagt Nils Melzer. Der Völkerrechtler und ehemalige IKRK-Delegierte erklärt im Gespräch mit Amnesty International (AI), warum er diesen Gedanken furchterregend findet. Das Interview führte Carole Scheidegger.

Von Carole Scheidegger

Amnesty: Verwandeln Drohnen den Krieg in ein Videogame?

Nils Melzer: Die heutigen Drohnen sind für uns furchterregend, weil niemand drin sitzt. Aber in der Realität steuert ein Pilot jede Bewegung und jede Aktion, doch aus Tausenden von Kilometern Distanz. Er riskiert im schlimmsten Fall den Verlust der Drohne, nicht sein Leben. Er hat keinen Selbsterhaltungsstress, der im Krieg oft zu Fehlern führt. Aber bei herkömmlichen Flugzeugangriffen führt die menschliche Nähe vielleicht auch zu Mitgefühl. Doch man kann nicht von einem Videospiel sprechen, die amerikanischen Drohnenpiloten sehen es nicht als Spiel. Die nehmen ihre Arbeit sehr ernst.

Sind Drohnenangriffe legal?

In Friedenszeiten sind Drohnenangriffe rechtlich kaum zu rechtfertigen. Im Krieg sieht es anders aus. Es spielt im Prinzip keine Rolle, ob der Pilot direkt im Kampfgebiet ist oder Tausende von Kilometern entfernt. Das humanitäre Völkerrecht, welches in bewaffneten Konflikten gilt und zum Ziel hat, Leiden und unnötige Schäden zu begrenzen, verbietet unterschiedslose Waffen, mit denen nicht zwischen sogenannten legitimen Zielen und geschützten Personen unterschieden werden kann, etwa Giftgas. Doch sofern ein Drohnenpilot gezielt auf ein legitimes Ziel schießt, ist das grundsätzlich vereinbar mit dem humanitären Völkerrecht. Noch mehr Sorgen als die aktuellen Drohnen machen mir allerdings die künftigen Waffen.

In welcher Hinsicht?

Verschiedene Staaten arbeiten daran, dereinst grosse Teile ihrer Streitkräfte zu automatisieren. Es geht um die nahtlose Zusammenfügung von Robotern und menschlichen Armeeangehörigen, sei es zu Land, Wasser oder in der Luft. Letztes Jahr hat das US-Verteidigungsministerium nach eigenen Angaben 35 Milliarden Dollar nur in unbemannte Flugkörper investiert. Grossbritannien seinerseits entwickelt Taranis: eine Drohne, die mit Überschallgeschwindigkeit fliegen und gewisse Ziele selbst aussuchen kann. In öffentlichen Stellungnahmen äussern sich diese Länder immer sehr vorsichtig: Sie würden zwar automatisierte Zielerkennungssysteme entwickeln, aber jede Gewaltanwendung werde auch künftig immer von Menschen gesteuert.

Das ist doch widersprüchlich.

Ja, eindeutig. Die Staaten würden diese Technologie nicht entwickeln, wenn sie sie nicht einsetzen wollten. Automatisierte Verteidigungssysteme bestehen schon heute, zum Beispiel Raketenabwehrschilde. Und an der Grenze zwischen Süd- und Nordkorea werden Wachroboter eingesetzt, die automatisch auf Eindringlinge schießen können. Es wird zwar noch lange gehen, bis eine Kampfdrohne einen Menschen identifizieren und angreifen kann. Aber das wird mit Sicherheit kommen. Neben der Automatisierung, bei der eine Waffe reflexartig auf gewisse Signale reagieren kann, wird auch die Autonomisierung vorangetrieben: Maschinen sollen selbst Fakten interpretieren und Entscheidungen treffen, die man gar nicht voraussehen konnte. Das ist höchst pro-

blematisch. Denn in Kriegen müssen immer unzählige Faktoren abgewogen werden. Eine Maschine ist dazu nicht in der Lage, auch wenn sie schneller als Menschen handeln kann. Es gibt so viele Varianten an Wirklichkeiten, die sind nicht alle computerisierbar.

Kann das internationale Recht solche Fälle abdecken?

Grundsätzlich legt ja das internationale Recht die Prinzipien fest, und die Technologie sollte sich diesen Prinzipien anpassen, nicht umgekehrt. Doch genau das geschieht momentan. Die Regierungen sollten Grenzen und Verantwortlichkeiten aushandeln, so wie sie das für Minen oder Streubomben getan haben. Was geschieht, wenn eine solche zukünftige Maschine eine schlechte Entscheidung trifft? Ich habe sogar den Vorschlag gehört, dass man den Roboter strafbar machen und ihn bei Vergehen zur Strafe abschalten könnte. Unglaublich! Das wäre, wie wenn bei einem Raser das Auto bestraft würde.

Wird es ein Wettrüsten mit automatisierten Waffen geben?

Das Wettrüsten läuft jetzt schon. Ich bin überzeugt, dass die automatisierte Technologie in 25 Jahren fast die ganzen Luftwaffen ersetzen wird, weltweit. Sie ist viel billiger, eine Drohne kostet zehnmal weniger als ein Kampfflugzeug. Dann fällt die Feilscherei weg, die wir derzeit beim «Gripen» beobachten können. Das Risiko für die eigenen Soldaten ist viel kleiner. Für die Machthabenden sind Drohnen das Nonplusultra. Ich finde vor allem die drohende Automatisierung der Gewaltanwendung furchterregend. Heute haben bereits 50 bis 70 Länder Drohnen-Technologie akquiriert oder sind an deren Entwicklung.

Verfügen alle diese Staaten über bewaffnete Drohnen?

Nein, viele Staaten setzen derzeit nur unbewaffnete Drohnen zur Aufklärung ein. Die USA, Grossbritannien und Israel haben schon bewaffnete Drohnen eingesetzt. Bei anderen Ländern, beispielsweise China und Russland, ist es unklar.

Die USA schießen in Pakistan und Jemen Leute ab, ohne mit diesen Ländern im Krieg zu sein. Wie ist das möglich?

Wenn dies ohne gültiges Einverständnis der betreffenden Staaten geschieht, verletzen die USA damit die Souveränität der beiden Länder. Wahrscheinlich gibt es hinter den Kulissen gewisse Absprachen. In meinen Augen muss eine zeitgemässe Auslegung des Selbstverteidigungsrechts aber die Möglichkeit einschliessen, dass ein Staat auch gegen nicht-staatliche Gruppen in einem anderen Land vorgehen darf, wenn diese wirklich eine unmittelbare Gefahr darstellen und das andere Land diese Gruppen nicht bändigen kann oder will. Der Souveränitätsschutz darf auch nicht missbraucht werden.

AI zieht die Grenzen enger und kritisiert das Konzept eines «globalen Krieges», das die USA anwenden, um die Drohnenangriffe zu rechtfertigen.

Die USA haben ein legitimes Interesse, sich zu verteidigen. Auf der anderen Seite hat natürlich die lokale Bevölkerung in Pakistan und im Jemen ein legitimes Interesse, nicht dauernd den Drohnenangriffen aus-

gesetzt zu sein. Das Hauptproblem sehe ich in der fehlenden Transparenz der USA. Die Amerikaner sagen zwar, sie würden sich an Regeln halten. Doch wer überprüft das? Es ist alles «classified» und «top secret». Die USA haben zwei Regeln bekannt gemacht. Einerseits die «Signature Strikes», mit denen Leute angegriffen werden, die nicht persönlich als feindliche Kämpfer identifiziert worden sind, sondern aufgrund von unbestimmten Indizien verdächtigt werden, Terroristen zu sein. Das sind Indizien wie etwa der Aufenthaltsort und persönliche Kontakte, oder auch Informationen von Kollaborateuren, was schwere Zweifel an der Zuverlässigkeit solcher Informationen aufkommen lässt. Die zweite Regel ist, dass Drohnenangriffe laut der CIA keinen Kollateralschaden unter der Zivilbevölkerung mehr verursachen. Die USA gehen schlicht davon aus, dass alle männlichen Afghanen oder Pakistani in den pakistanischen Stammesgebieten, die im Kampfesalter sind, feindliche Kämpfer sind. Das ist völkerrechtswidrig.

Haben die Stammesgebiete in Pakistan eine zu kleine Lobby? Würden diese Drohnenangriffe über einem westlichen Staat geschehen, wäre der Aufschrei doch viel grösser.

Natürlich, die USA können als Gigant der Welt weitgehend machen, was sie wollen. Sie nehmen in Anspruch, dass sie sich überall verteidigen dürfen, wo sie sich bedroht

fühlen. Problematisch ist, dass sie damit gewisse Standards setzen. Was könnte die US-Regierung erwidern, wenn zum Beispiel China einen Dissidenten in London mit einer Drohne abschiessen würde, weil es sich angeblich von ihm bedroht fühlt und sich die britische Regierung weigert, ihn festzunehmen und an China auszuliefern? Das weltweite Gefüge, das nach dem zweiten Weltkrieg mühsam aufgebaut wurde, beginnt sich aufzulösen. Verschiedene Länder verfolgen wieder stärker Partikularinteressen und betreiben Machtpolitik. Das untergräbt den Konsens, der mit der Uno geschaffen wurde.

Warum setzen die USA viel häufiger Drohnen ein, seit Obama Präsident ist?

Als sich Israel vor über einem Jahrzehnt offiziell zu einer Politik der gezielten Tötung bekannte, haben sich die Amerikaner noch stark von solchen Methoden abgrenzt. Sie sprachen von aussergerichtlichen Hinrichtungen. Das war im November 2000. Ein Jahr später war quasi ein Jahrtausend später: Nach dem 11. September 2001 setzten auch die USA auf gezielte Tötungen, wenn auch noch nicht systematisch. Dabei wurden Drohnen schnell zur Waffe der Wahl. Zwischen 2004 und 2008 gab es rund 35 Angriffe ausserhalb des Kriegsschauplatzes von Afghanistan. Nach Obamas Amtsantritt stieg diese Zahl stark. Zwar werden keine genauen Zahlen bekannt gegeben, aber Bürgerrechtsorganisationen gehen davon aus, dass in rund 350 Drohnenangriffen zwischen 3 000 und 5 000 Menschen getötet wurden. Böse Zungen sprechen hier sogar von einem möglichen Zu-

sammenhang mit Guantánamo: Die US-Behörden können das Lager nicht schliessen, weil sie nicht wissen wohin mit den Insassen. Und sie wollen auf keinen Fall neue Häftlinge. Nun setzen sie eine Waffe ein, die keine Gefangenen machen kann.

Verschiedene US-Medien schlugen vor, ein eigenes Gericht für die Drohnen zu schaffen. Aber was bringt das?

Vor zweihundert Jahren entstand die gute Idee der Gewaltenteilung, und jetzt sind wir in einer Zeit angekommen, in der sehr viele Sicherheitsoperationen geheim ablaufen und auch zu einem gewissen Grad geheim sein müssen. Anders kommt man nicht gegen die Terroristen an. Auf der anderen Seite müssten solche Operationen demokratisch kontrolliert werden. Diese demokratische Kontrolle funktioniert allerdings noch nicht richtig. Wie kann man die legitimen Interessen eines Staates verteidigen, ohne dass es zu Fichenaffären oder noch schlimmeren Auswüchsen kommt? Das ist eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Menschenrechte und Sicherheitsaspekte müssen unter einen Hut gebracht werden. Und eine demokratische Überwachung ist notwendig. Beim Gedanken an die Möglichkeit einer automatisierten Streitkraft ohne demokratische Überwachung läuft es mir kalt den Rücken hinunter. Dann sind wir beim Terminator angekommen. Ich war ein Teenager, als die Terminatorfilme starteten. Damals hielt ich das für unvorstellbar. Inzwischen sind wir zwei Drittel des Weges gegangen.

(Quelle: «AMNESTY – Magazin der Menschenrechte» von Mai 2013, www.amnesty.ch)

Amnesty International über Drohneinsätze in Pakistan

Lizenz zum Töten?

Die USA haben sich mit ihren Drohnenangriffen in Pakistan rechtswidriger Tötungen und möglicherweise sogar Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Das belegt Amnesty International in einer der bisher umfassendsten Untersuchungen zum Thema Drohnenangriffe und Menschenrechte.

Der Bericht 'Will I be next?' *US drone strikes in Pakistan*¹⁾ dokumentiert die tödlichen Drohnenangriffe der USA in den nordwestlichen Stammesgebieten Pakistans und die weitgehende Intransparenz, die das US-Drohnenprogramm umgibt. Neun der insgesamt 45 Drohnenangriffe in Nordwaziristan zwischen Januar 2012 und August 2013 wurden dabei detailliert und umfassend aufgearbeitet. Der Bericht beruht auf rund 60 Interviews mit Betroffenen, Angehörigen von Ermordeten, Augenzeugen, Bewohnerinnen, Angehörigen bewaffneter Gruppen und pakistanischen Regierungsbeamten.

«Mit der strikten Geheimhaltung rund um ihr Drohnenprogramm gibt sich die USA eine Lizenz zum Töten ausserhalb des Einflussbereichs von Gerichten und jenseits grundlegender Menschenrechtsstandards», kritisiert Mustafa Qadri, Pakistan-Experte von Amnesty International. «Die USA müssen ihr Drohnenprogramm endlich ins Reine bringen und die Verantwortlichen für solche Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft ziehen.»

Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken

Die Zivilbevölkerung in der schwer zugänglichen Unruhregion Nordwaziristan lebt mittlerweile in ständiger Angst vor tödlichen Drohnenangriffen. Das belegen zwei besonders schockierende Beispiele, die in dem Bericht detailliert dokumentiert werden:

Im Oktober 2012 wurde die 68-jährige Grossmutter Mamana Bibi vor den Augen ihrer Enkelkinder von einer Bombe getötet. Sie war gerade

dabei, auf dem Feld Gemüse für das Abendessen zu ernten. Mehrere der Kinder wurden bei dem Angriff ebenfalls verletzt.

Im Juli 2012 töteten US-Drohnen mit einem Bombenangriff auf ein verarmtes Dorf an der Grenze zu Afghanistan 18 Arbeiter, darunter einen 14-jährigen Jungen. Die Männer hatten sich gerade nach einem langen Arbeitstag zum Abendessen zusammengesetzt.

Während die offizielle Lesart die Getöteten als «Terroristen» bezeichnet, zeigen die Untersuchungen von Amnesty International auf, dass die Opfer dieser Angriffe an keinen Kampfhandlungen beteiligt waren und für niemanden eine Bedrohung darstellten.

Amnesty dokumentiert auch Fälle von sogenannten «Angriffen auf Retter», einer besonders perfiden Praxis, in der einem ersten Drohnenangriff kurz darauf ein nächster folgt, der dann diejenigen trifft, die den Verletzten zu Hilfe kommen wollten.

Die USA und Pakistan in der Verantwortung

Präsident Obama hatte im Mai 2013 angekündigt, für das Drohnenprogramm klarere Regeln und mehr Transparenz zu schaffen. Das geltende Recht sollte eingehalten, Fehler eingestanden werden. Bis heute sind diese Ankündigungen leere Versprechen: Die USA setzen die Praxis der geheimen Angriffe fort und brechen dabei regelmässig Völkerrecht.

Amnesty International fordert die USA dringend auf, diesen Versprechen endlich Taten folgen zu lassen und Vorfälle wie die im Bericht dokumentierten rasch, sorgfältig, unabhän-

gig und unparteilich zu untersuchen, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Die pakistanischen Behörden fordert die Organisation auf, den Opfern von solchen Angriffen Zugang zu Recht und zu Entschädigungen zu verschaffen. Die pakistanischen Behörden müssen aber auch alle anderen Akteure, die sich rechtswidriger Tötungen und anderer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, vor Gericht bringen und in fairen Verfahren verurteilen. Dazu gehören Angehörige der pakistanischen Streitkräfte ebenso wie die Taliban oder die Al Kaida.

Gefordert ist aber auch die internationale Gemeinschaft: Sie darf rechtswidrige Tötungen und andere Menschenrechtsverletzungen durch Drohnen nicht einfach hinnehmen, sondern muss von den USA und anderen Staaten Rechenschaft fordern. Auch sollen Staaten in keiner Weise rechtswidrige Drohnenangriffe unterstützen, auch nicht durch nachrichtendienstliche Tätigkeiten oder Einrichtungen. (Quelle: Pressemitteilung AI)



¹⁾AI-Bericht über die US-Drohnen: Zum Download bereit auf www.amnesty.ch

Die Welt stimmt zum 22. Mal gegen die Blockade der Karibik-Insel

Einsame Kuba-Politik der USA

Zum 22. Mal stimmte die UN-Vollversammlung Ende Oktober 2013 in New York über den US-Feldzug gegen Kuba ab. Wiederum gab es grosse Unterstützung für Havanna: Mit Israel mochte sich gerade mal ein einziges Land an die Seite der USA stellen, während 188 der 193 UNO-Mitgliedsländer die wirtschaftliche, finanzielle und Handelsblockade Kubas durch die USA verurteilten. Selbst Palau, die Marshall-Inseln und Mikronesien trauten sich als wirtschaftlich komplett von den USA abhängige Pazifik-Inseln immerhin eine Enthaltung zu.

Von Volker Hermsdorf

Während die USA den Beschluss der UN-Generalversammlung seit der ersten Abstimmung im Jahr 1992 ignorieren (damals war die Blockade von 59 Staaten bei drei Gegenstimmen und 71 Enthaltungen verurteilt worden), wird ihre Position zunehmend schwächer. Da Kuba mittlerweile nicht nur in allen regionalen Bündnissen (ausser der von den USA

Eines der Opfer ist der einjährige Eduardo Fabio, dessen Beispiel in der Dokumentation erwähnt wird. Eduardo kam mit dem Downsyndrom zur Welt und leidet unter einem Herzfehler. Vor zwei Monaten wurde er im Herzzentrum «William Soler» operiert, wo er und seine Mutter seitdem betreut werden. Obwohl die Blockade den Medizinern den Zugang zu notwendigen Medikamenten und technischen Hilfsmitteln erschwert, konnten

nach Kuba geliefert werden. Kurz vor der UNO-Abstimmung hatte die für den Import und Export von Medizinprodukten zuständige Firma Medicuba zudem bekanntgegeben, dass für den Ankauf von Medikamenten in Drittländern innerhalb von zwölf Monaten Mehrkosten von 367 800 Dollar entstanden seien.

In den USA selbst nimmt die Ablehnung der Blockade zu. Zu langjährigen Kritikern wie Altpäsident Jimmy Carter gesellten sich inzwischen unter anderem die Kongressabgeordneten Kathy Castor (Florida), James McGovern (Massachusetts) und Charles B. Rangel (New York) sowie prominente Kirchen- und Wirtschaftsvertreter. Viele sehen in der Blockade ein «anachronistisches Relikt aus dem Kalten Krieg», das dem Ansehen der USA nicht nütze. Die einzigen, die noch dafür sind, seien eine kleine, isolierte, aber gewaltbereite Minderheit, die seit 50 Jahren fanatisch gegen die Realität kämpft, hatte der kubanische Aussenminister Bruno Rodríguez im letzten Jahr vor der UN-Generalversammlung erklärt und Präsident Barack Obama aufgefordert, nicht länger an etwas festzuhalten, «was den eigenen Interessen schadet und von der übrigen Welt abgelehnt wird».

Unterschiedliches Echo in der Presse

Die Medien der USA übernahmen teilweise eine kurze Agenturmeldung zur UNO-Abstimmung oder verschwiegen das Thema ganz. Lediglich die Washington Post veröffentlichte einen längeren Artikel, zu dem auch eigene Korrespondentinnen aus Havanna und vom UN-Sitz in New York beitrugen. So erfuhren die Post-Leser, dass alle Debattenbeiträge der UN-Generalversammlung, einschliesslich der Stellungnahme des US-Vertreters Ronald D. Godard, live und in voller Länge im kubanischen Fernsehen übertragen worden waren.

Die Medien der Insel äusserten sich zufrieden über das weiter gestärkte Votum der Weltgemeinschaft gegen die US-Blockade. In der Tageszeitung Granma wies ein Kommentator allerdings auch kritisch darauf hin, dass eine Reform der Vereinten Nationen dringend notwendig sei, damit «Beschlüsse wie diese verbindlich werden und das Land, das die Blockade aufrecht erhält, dazu verpflichtet, sie zu beenden, wie es die Mehrheit der Welt fordert».

Volker Hermsdorf ist Lateinamerika-Korrespondent der deutschen Tageszeitung «Junge Welt» und weil jedes Jahr für längere Zeit auf Kuba. Am 21. September 2013 war er in Basel Gast des SFB-Forums zu «Medien und Krieg»

Quelle: junge welt



Die USA als gefräßiges Monster: Karikatur von Falco in der kubanischen Tageszeitung «Juventud Rebelde».

dominierten Organisation Amerikanischer Staaten) vertreten ist, sondern derzeit auch den Vorsitz der Lateinamerikanischen und Karibischen Staatengemeinschaft (CELAC) innehat, wird das Festhalten an den Sanktionen von vielen der 33 Mitgliedsstaaten als Affront gegen das Bündnis gesehen. Washington ist in der UN-Völkergemeinschaft und auf dem eigenen Kontinent isoliert.

Neben dem Rekordergebnis in der Abstimmung zeigte vor allem die Schärfe der Redebeiträge, dass die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten nicht bereit ist, das Verhalten der USA länger zu tolerieren. «Die USA stellen sich über die Völker der Welt», stellte Boliviens UN-Botschafter Sacha Llorenty fest. Im Namen des Wirtschaftsbündnisses Mercosur kritisierte Venezuelas Vertreter Samuel Moncada die «flagrante Verletzung der UN-Charta durch die USA». Eine deutliche Warnung sprach Chinas ständiger UN-Repräsentant, Wang Min, aus. Die extraterritoriale Ausweitung der US-Blockade gegen Kuba auf Drittländer verletze «die Interessen und die Souveränität» dieser Staaten, erklärte der Diplomat und versicherte, dass China dies nicht hinnehme.

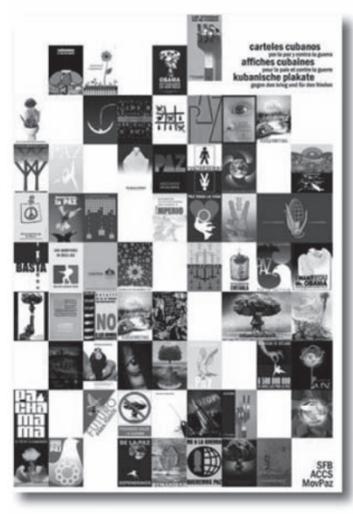
Milliarden-Schäden

Bei der Vorlage einer aktuellen Dokumentation über Ausmass und Folgen der Blockade bezeichnete der stellvertretende kubanische Aussenminister Abelardo Moreno diese Anfang Oktober als «Verletzung der Menschenrechte eines ganzen Volkes». Den gesamten wirtschaftlichen Schaden durch die Sanktionen bezifferte Moreno auf mehr als 1,1 Billionen US-Dollar. Der ökonomische Vernichtungsfeldzug, dessen erklärtes Ziel die Beseitigung des sozialistischen Gesellschaftsmodells ist, hat für die Menschen allerdings nicht nur eine statistische Dimension. Seine Opfer sind vor allem die Schwachen, Alten, Kranken und Kinder. Sie alle haben Gesichter und Namen.

sein Leben bis heute retten. «Eduardo weiss noch nicht, dass er Kubaner ist», schrieb ein Reporter der Tageszeitung Granma über den Fall und kommentierte: «Er wird vermutlich nie verstehen, warum das mächtigste Land der Welt ihm, seiner Familie und den Ärzten, die um sein Leben kämpfen, deswegen den Krieg erklärt hat.»

Krebskranke Kinder als Opfer

Nicht alle haben so viel Glück. Vor allem für Menschen mit hohen Gesundheitsrisiken hat die Blockade oft tödliche Folgen. Das Institut für Nierenkunde in Havanna beklagt, dass die von der US-Firma One Lambda produzierten Sätze für HLA-Tests, die für Transplantationen wichtig sind, nicht nach Kuba geliefert werden dürfen. AIDS-Patienten auf der Insel werden durch die Blockade Medikamente vorenthalten, die ihre Krankheit positiv beeinflussen und ihr Leben verlängern könnten. Auch Temodal, das in der Therapie krebskranker Kinder eingesetzt wird, unterliegt US-Patenten und darf nicht



carteles cubanos
por la paz y contra la guerra
affiches cubaines
pour la paix et contre la guerre
kubanische plakate
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.
Texte spanisch, deutsch und französisch.
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.–

Bestellung über
061 681 03 63 resp. sfb@bluwin.ch

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB

1. Mai '14 in Havanna!

Reisen Sie mit «Unsere Welt» und der Schweizerischen Friedensbewegung durch die sich verändernden Landschaften Kubas. Informieren Sie sich aus erster Hand über Errungenschaften und Visionen der revolutionären Karibikinsel und ihrer Bevölkerung.

3. Studienreise vom 18. April 2014 – 2. Mai 2014

Mit reichhaltigem Besichtigungs- und Begegnungsprogramm in West- und Zentralkuba, u.a. Provinzverwaltung der Poder Popular, Urbane Landwirtschaft, Internationale Filmhochschule, Poliklinik, Familienarzt, Schulbesuch, Tabak- und Zuckerindustrie, Kultur-, Sozial- und Friedensprojekte, Gespräche mit dem Institut für Völkerfreundschaft ICAP, der Kubanischen Bewegung für Frieden und Souveränität der Völker MOVPAZ, dem Kubanischen Gewerkschaftsbund CTC, einem Komitee zur Verteidigung der Revolution CDR, Baden am Strand. **Am 1. Mai Teilnahme an der Kundgebung auf dem Revolutionsplatz von Havanna.**

Übernachtungen in Mittelklassehotels, Halb-/Vollpension. Flug Zürich – Havanna – Zürich mit Air France/KLM. Inlandroute mit klimatisiertem Bus. Schweizerische Reiseleitung durch UW-Redaktor Martin Schwander. Kubanische deutschsprachige Reiseleitung durch AMISTUR.

Kosten ca. Fr. 3000.–/DZ, alle Leistungen inklusive

Detailliertes Programm erhältlich über Tel. 034 422 16 32 oder info@comtex.li. Die Anzahl Teilnehmender ist auf 20 beschränkt. Definitive Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt. **Anmeldeschluss 31. Januar 2014.**

Der lange Arm der Washingtoner Behörden

Wenn die ZKB kuschelt

Das US-amerikanische «Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen» (OFAC in der englischen Abkürzung) ist seit langem aktiv gegen Unternehmen in Drittländern, um die Wirtschaftsblockade Washingtons gegen Kuba selbst ausserhalb der USA durchzusetzen. Auch schweizerische Unternehmen werden dabei nicht verschont.

Von Volker Hermsdorf

Seit einigen Jahren verstärken die USA den Druck auf Drittländer, um Geschäftsbeziehungen, den Verkauf kubanischer Produkte wie Rum und Zigarren, Bankgeschäfte und sogar Kulturprojekte zu unterbinden. In der bisherigen Amtszeit des Präsidenten Barack Obama hat Washingtons »Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen« (Office of Foreign Assets Control, OFAC) Bussgelder in Höhe von mehr als zwei Milliarden US-Dollar gegen Banken, Firmen und Einzelpersonen verhängt, die Kontakte zu Kuba gepflegt haben.

Jüngstes Opfer war die Rockband COR aus Mecklenburg-Vorpommern. Für eine Tournee durch Kuba und die Unterstützung kubanischer Bands hatten die Rügener Musiker im Internet über den darauf spezialisierten Dienst «Startnext» zu Spenden aufgerufen. Mitte Oktober teilte dieser der Band jedoch mit, dass der Online-Bezahldienst PayPal die bisher eingegangenen Gelder eingefroren habe, da wegen der US-Blockade »keine kubanischen Bürger, Produkte oder Marken finanziert werden dürfen«. Die Metalband liess sich davon jedoch nicht einschüchtern und wird – wie geplant – im Januar nächsten Jahres durch Kuba touren (junge Welt berichtete).

Das «Netzwerk Cuba», in dem über 40 deutsche Solidaritätsgruppen zusammengeschlossen sind, hat PayPal wegen der neuerlichen Schikanen vorgeworfen, sich wieder einmal als «Online-Rambo» gegen Kuba zu betätigen. Schon vor zwei Jahren hatte die europäische Tochter eines US-Unternehmens Gelder von deutschen Händlern blockiert, die kubanische Artikel in ihrem Sortiment führten. Erst als einige Anbieter sich in einem gerichtlichen Vergleich «freiwillig» der Blockade unterworfen und Rum, Tabak und Kaffee von der Insel aus ihren Katalogen gestrichen hatten, gab PayPal deren Gelder frei. Im Oktober hatte der Bezahlendienst auch den Kanadier Terry Shewchuck im

Visier, der für Tierkliniken in Kuba gespendet hatte. Sein Geld erreichte die Empfänger nie.

Abgesehen davon, dass das US-Unternehmen mit der Anwendung der Blockade in europäischen Drittländern gegen EU-Recht verstösst, misst PayPal auch mit zweierlei Mass. So bittet zum Beispiel die in Kuba lebende Systemgegnerin Yoani Sánchez in ihrem Blog ungeniert um Spenden für ihre Aktivitäten. Die Zuwendungen, schreibt Sánchez, könnten problemlos über PayPal für sie eingezahlt werden. Offenbar ist sie sich der Billigung und Unterstützung durch Obamas Administration gewiss.

Andere OFAC-Aktivitäten gegen Drittländer lassen die PayPal-Schikanen der letzten Monate allerdings fast als «Peanuts» erscheinen. So musste das Turiner Kreditinstitut Intesa Sanpaolo, eine der grössten Banken Italiens, im Juni knapp drei Millionen Dollar Strafe an die USA zahlen, weil es zwischen 2004 und 2008 insgesamt 53 Überweisungen nach Kuba ausgeführt hatte. Die ING-Luxemburg-Bank verweigerte in den letzten Jahren mehrfach Geldtransfers zwischen ihren Kunden und Kuba-Soligruppen mit dem Hinweis, dass die Bank sich an die US-Blockade halten müsse.

Anfang 2013 beugte sich auch die Zürcher Kantonalbank (ZKB) dem Druck der USA. Erste Opfer wurden Mitglieder der Vereinigung Schweiz-Cuba, deren Jahresbeiträge nicht überwiesen wurden, und der vor 20 Jahren gegründete Verein mediCuba-Suisse, der jährlich rund 300 000 Franken für medizinische Projekte auf die Karibikinsel schickt. Obwohl die Schweiz – wie fast alle UNO-Staaten – die US-Blockade gegen Kuba nicht mittrage, müsse die ZKB Rücksicht auf OFAC-Anweisungen nehmen, berichtete der überregionale Schweizer Tages-Anzeiger am 27. Juni. Man müsse sich bei Bankgeschäften klar darüber sein, dass die USA alle Transaktionen überwachen. Das gelte auch für Inlandsüberweisungen, «denn der Arm der USA ist lang», kommentierte das Blatt.

Quelle: junge welt

Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt

Der Koreakrieg ist nicht zu Ende

In der NZZ vom 1. Oktober 2013 lesen wir: «Die amerikanische Regierung will trotz anstehenden Budgetkürzungen im Militärhaushalt die knapp 30 000 Soldaten in Südkorea an ihrem Standort belassen. Der Verteidigungsminister Chuck Hagel sagte am Montag während eines Besuchs an der schwer befestigten Grenze zwischen Nord- und Südkorea, eine Truppenreduzierung sei nicht einmal in Erwägung gezogen worden. „Das ist vermutlich der einzige Ort in der Welt, wo es immer das Risiko einer Konfrontation gibt“, sagte er.»

Von Antoinette Mächtlinger

Dass der Koreakrieg noch nicht zu Ende ist, meint auch Bernd Stöver, Autor des im Verlag C.H.Beck herausgegebenen Buches «Geschichte des Koreakriegs».

Bernd Stöver, geb. 1961, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam, hat das Standardwerk «Der Kalte Krieg» verfasst, das in der «UW» besprochen wurde. Auch im vorliegenden Buch schöpft der Autor aus einem profunden Wissen und schreibt in einer eingängigen Sprache. Der Textteil wird ergänzt durch Fotos, Karten, Register und Literaturhinweise.

Zur Vorgeschichte des Koreakriegs

35 Jahre hatte Korea unter der grausamen japanischen Kolonialherrschaft gelitten (Stichwort «Trostrfrauen») in japanischen Militärbordellen. 1945 wurde es, wie auf der Konferenz von Jalta vereinbart, von den Siegermächten besetzt, im Norden von der Sowjetunion (8.8.1945), im Süden von den USA (8.9.1945). Als Grenze wurde der 38. Breitengrad festgelegt.

Drei Akteure

Rhee Syng-man wird gesamt-koreanischer Präsident. Er wird im Krieg eine entscheidende Rolle spielen. Er hat als Repräsentant der koreanischen Exilregierung in den USA gelebt und unterhält enge Verbindung zur anti-kommunistischen Kuo-min-tang in China.

General Douglas Mac Arthur, der Oberbefehlshaber der US-Besatzungsarmee zur Zeit Präsident Trumans, wird ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen. Eine seiner ersten Massnahmen ist das Verbot der Volkskomitees, die aus der anticolonialen Bewegung hervorgegangen sind und zum Teil kommunistischen Idealen anhängen.

Kim Il-sung, Führer der KP, Grossvater des heute regierenden Kim Jong-un, kehrt mit den sowjetischen Truppen aus dem Moskauer Exil zurück und übernimmt die Schlüsselrolle (die er bis zu seinem Tod 1994 behalten wird). Kim setzt auf die Volkskomitees und leitet schon 1946 eine Bodenreform und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien ein.

Der Bürgerkrieg

Angestrebt wird von allen Seiten ein einheitlicher Staat Korea. Im Land sind aber zwei Exponenten des Kalten Krieges. Die Lage spitzt sich zu. Heftigen Widerstand gibt es gegen die einseitig angesetzten südkoreanischen Wahlen und die Staatsgründung am 15. August 1948. (Am 9. September zieht der Norden nach mit der Gründung der Volksrepublik Korea.) Im November verkündet der südkoreanische Präsident Rhee das Kriegsrecht und erlässt zwei Wochen später das berüchtigte Staatssicherheitsgesetz. Aber schon seit April versuchen südkoreanische und US-Militäreinheiten die «rote Insel» Jeju-do zu «säubern»; es ist das erste Massaker. 1949 folgen weitere «grossangelegte Tötungen» von Zivilisten. Und nach Beginn des Krieges (25.6.1950) werden die Schwarzen Listen der 300 000 vermeintlichen oder tatsächlichen innenpolitischen Feinde von Präsident Rhee «gnadenlos abgearbeitet». Ein Massaker an 35 000 Menschen er-

langt traurige Berühmtheit durch Picassos Gemälde «Masacre en Corea» von 1951.

Auch die nordkoreanischen Einheiten «säubern» die von ihnen zurück-eroberten Gebiete, und in den Regionen, aus denen sie sich zurückziehen, entwickelt sich ein heftiger Partisanenkrieg.

Der Krieg 1950 – 1953

Der Autor zeichnet die unterschiedlichen Darstellungen des Kriegsbeginns nach, entscheidet sich aber eindeutig für die Auffassung, dass der Angriff am 25. Juni 1950 von Nordkorea ausgegangen sei. US-Präsident Truman erlangt noch am Tag des Angriffs die erste von drei Resolutionen des UN-Sicherheitsrats (der von der Sowjetunion boykottiert wird): Ausser den USA entsenden 20 weitere UNO-Mitglieder militärische Hilfe (u.a. Australien, Frankreich, Grossbritannien), während Nordkorea von China massiv mit Bodentruppen und von der UdSSR vor allem mit Waffen und Kampfpiloten unterstützt wird.

Es ist ein Krieg von unerhörter Grausamkeit. In drei Jahren fliegt die US-Luftwaffe zusammen mit ihren UN-Verbündeten über eine Million Bombeneinsätze. Napalmbomben kommen im Koreakrieg «deutlich häufiger» zum Einsatz als in Vietnam. General Mac Arthur schmiedet immer wieder Pläne für einen Atombombeneinsatz.

Die Zahl der Kriegstoten wird auf 4,5 Millionen geschätzt, für Südkorea bis zu einer Million, für Nordkorea bis zu zweieinhalb Millionen, für China bis zu einer Million. Die Zahl der Gefallenen aller UN-Nationen beträgt 40 530. Am schlimmsten trifft es die Zivilbevölkerung; Flüchtlinge, Vertriebene, Hunderttausende Tote.

Der Waffenstillstand 1953

Im Juli 1951 trafen sich Vertreter beider Seiten zu den ersten offiziellen Gesprächen. Es folgten weitere 765, teilweise stumme Treffen bis zur Unterzeichnung des Abkommens am 27. Juli 1953. Die Fäden zogen – neben Kim und Rhee (der sich verweigerte) – Mao, Truman (später Eisenhower) und Stalin (nach seinem Tod am 5.3.1953 eine kollektive Führung mit Chruschtschow).

Das Waffenstillstandsabkommen wurde von den beiden Generälen in eisernem Schweigen an zwei weit entfernt stehenden Tischen unterzeichnet. Damit entstand eine 4 km breite und 248 km lange demilitarisierte Zone (DMZ) um den 38. Breitengrad. Nördlich wurden nordkoreanische, südlich US-amerikanische Einheiten stationiert. Der US-Operationsplan OPLAN 5027 hält fest, dass ein Angriff auf ihre Streitkräfte einen Angriff auf alle Verbündeten bedeuten würde. Und Bernd Stöver ergänzt: «Allerdings existiert seit 2008 ebenfalls eine Eventualplanung für den Fall eines unkontrollierten Zusammenbruchs Nordkoreas (OPLAN 5029).»

Die globalen Folgen des Krieges

In diesem Kapitel wirft der Autor einen Blick auf die USA, die Sowjetunion, China und Europa.

Zum Thema USA sagt er: «Der US-Kongress genehmigte für 1951 eine Erhöhung der ohnehin bereits gigantischen Militärausgaben um annähernd

70%. Sie flossen (...) unter anderem auch in die noch junge Computertechnik, für die der Marktführer IBM 1950 die erste Generation von Rechnern für das Militär auf den Markt brachte.» Seit 1950 arbeiteten die US-Geheimdienste «mit Hochdruck» an Programmen mit Hypnose, Elektroschocks, LSD und Folter. Im Innern wurde der McCarthyismus ausgebaut.

Zur Sowjetunion zwei Zitate: «Stalin wollte auf keinen Fall mehr in die Auseinandersetzung hineingezogen werden, als es ohnehin schon – und teilweise widerwillig – durch die Beteiligung sowjetischer Piloten geschehen war.» Und: «Verstärkt gewann Stalin die Überzeugung, dass eine massive Aufrüstung und eine militärische Parität mit den USA zwingend notwendig seien.» Das bedeutete das Ende von Plänen zur Steigerung der Konsumproduktion.

Während China im Krieg noch mit der UdSSR zusammengearbeitet hat, entfernen sich die Beiden zunehmend, und 1960 kommt es zum Eklat. 1972 ermöglicht US-Präsident Nixon dem Mao-Staat die Übernahme des UNO-Sitzes von Taiwan, 1987 wird ihm die US-Meistbegünstigungsklausel eingeräumt. Dazu unser Autor: «Für die UdSSR war es dabei besonders bitter, dass Peking dadurch offiziell den Zugang zu westlicher Computertechnologie erhielt, während die Sowjetunion und andere kommunistische Staaten davon ausgeschlossen blieben.» Der Grund: «China wurde von den USA wegen seiner bekannten Gegnerschaft zu Vietnam, vor allem aber zur Sowjetunion, zur Ordnungsmacht für Ostasien erhoben.»

Europa hat nach Bernd Stöver am meisten vom Koreakrieg profitiert: «Der geradezu sprichwörtlich gewordene ‚Koreaboom‘ fusste auf der Tatsache, dass in Westdeutschland Produktionskapazitäten frei waren, die in anderen westlichen Staaten – namentlich in den USA – durch die enorme Nachfrage nach Rüstungsgütern nicht mehr verfügbar waren.»

Das doppelte Korea seit 1953

In drei weiteren ausführlichen Kapiteln befasst der Autor sich mit dem gespaltenen Land. Hier seien nur einige Fakten hervorgehoben, die weniger bekannt sind.

Zum Start in Nordkorea äussert Stöver sich unerwartet: «Es ist aber immer wieder zu Recht darauf hingewiesen worden, dass Kim Il-sung nicht nur gegen die Bevölkerung, sondern zum Teil mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung den Umbau des Landes vorantreiben konnte. Neben Antikolonialismus und der gemeinsamen Hoffnung auf einen eigenen, souveränen Staat bildeten Erwartungen von sozialer Gerechtigkeit einen wichtigen Konsens in ganz Korea.» Was aus dem Staat geworden ist wissen wir aus unsern Medien.

Südkorea, der «antikommunistische Frontstaat», war bis 1987/88 eine Militärdiktatur. Erinnert sei an die brutale Niederschlagung von Studentenprotesten 1960 und 1980 (2 800 Verletzte, 166 Tote, 47 Vermisste). Erwähnt sei auch die ökonomische Entwicklung des erfolgreichen Tigerstaates.

Kampf und Annäherung

Der Kampf der beiden Staaten nahm vielfache Formen an, die Periode 1966–69 wird als der «Zweite Koreakrieg» bezeichnet. Es gibt aber auch Annäherungsversuche. Das früheste konkrete Angebot, das eine Föderation beider Staaten vorschlug, ging im August 1960 von Kim Il-sung aus. Im Süden propagierte ab 1997 Staatspräsident Kim Dae-jung die «Sonnen-

scheinpolitik» und traf sich 2000 zum ersten Mal mit seinem nordkoreanischen Amtskollegen. Dafür wurde er mit dem Friedensnobelpreis geehrt (warum eigentlich nur er?). 2003 wurde die gemeinsame Wirtschaftszone Kaesong eröffnet.

Rückschläge

Seither sind nur Rückschläge zu vermelden: 2006 zündet Pjöngjang seine erste Atombombe, 2007–2012 ist in Südkorea die rechtskonservative Han-nara-Partei an der Macht und macht die Entspannungspolitik rückgängig. Seit 2002 schon gilt Nordkorea als «Schurkenstaat». Seit 2012 ist der amerikanische globale Raketenabwehrschirm NMD betriebsbereit, was als neue Bedrohung empfunden wird.

Und damit wären wir wieder beim ersten Kapitel...

Buchbesprechung

Kunst des Krieges

Die französische Kunst des Krieges, ein Roman von Alexis Jenni. Die Originalausgabe erschien im Jahr 2011 unter dem Titel *L'art française de la guerre* bei Édition Gallimard, Paris. Die von Uli Wittmann übersetzte, deutsche Ausgabe erschien im Jahr 2012 beim Luchterhand Literaturverlag.

Von Yannik van den Berg

Die französische Kunst des Krieges bespricht den Kampf. Die über 750 Seiten lange Erzählung beginnt mit der Vorstellung eines namenlosen Ich-Erzählers, einem Arbeitsverweigerer, überfahren und ausgelassen vom täglichen Leben. Arbeiten, Haus und Familie zu haben, eine Lebensplanung zu entwerfen, die nicht die seine ist – das ist für ihn in einer französischen Gesellschaft, die den Umgang mit diesen Themen verlernte und den dahinter liegenden, existenziellen Kampf um Selbstbehauptung kaschiert, zu viel. Er zieht nach Lyon, seine Geburtsstadt, und lernt dort die zweite zentrale Figur des Romans kennen: Victorien Salagnon, ein ehemaliger Soldat. Einer, der den Kampf immer weiter führte, sein ganzes Leben lang, und nun, im Ruhestand, nicht mehr kämpfen will und kann.

Was die Beiden verbindet, ist die Malerei. Salagnon zeichnet überragend mit Tusche. Die Motive seiner Skizzen sind geprägt vom genauen Hinschauen. Sein Werk stellt gewissermassen ein Porträt der erlebten Gräueltat dar, aber es ist mehr als das. Andere erkennen in seinen Zeichnungen eine Qualität, durch die sie sich selbst wieder erkennen. Damit erahnen sie eine Bestätigung in einer Zeit, die solches nicht mehr kennt, die versinkt in Bedeutungslosigkeit. Für Victorien Salagnon selber ist das Zeichnen wahrscheinlich die Ursache seines Überlebens.

Salagnon führt den anonymen Erzähler in die Kunst des Zeichnens ein. Obwohl sie unterschiedlich alt sind – der Erzähler kennt die Erlebnisse Salagnons, die Resistance, der Indochinakrieg und die Algerienkrise nicht aus eigener Erfahrung – verstehen sie sich und es entwickelt sich ein Vertrauensverhältnis. Der Eine kann malen, aber nicht erzählen. Der Andere kann nicht malen, dafür erzählen. Sie sind nicht nur durch ihre Mittel wie zwei Pole desselben Anliegens, auch der Aufbau des Buches wird über ihr Verhältnis bestimmt. Der Erzähler beginnt nach einiger Zeit die Memoiren Salagnons zu lesen. Nach jedem Roman, einem Lebensabschnitt Salagnons, folgt deshalb ein Kommentar, ein Blick in das Leben des Erzählers.

Das Buch ist voll von gut geschriebenen Sätzen und wunderbaren Ge-



Bernd Stöver: *Geschichte des Koreakriegs*. C. H. Beck, München 2013, 261 S., Fr. 19.90. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89, buecher-waser@bluewin.ch

denken. Alexis Jenni verwebt leise, konsequent, schön und gut recherchiert die verschiedenen thematischen Stränge zu einer umfassenden Reflexion über das Phänomen von Kampf und Krieg. Jeder Schritt der nach und nach ersichtlichen Argumentation ist begründet und kann durch die Biographie der Charaktere nachvollzogen werden.

Der Autor vermag es, den Kampf nicht nur in seiner praktischen Ausführung zu besprechen. Weil er zu keiner Zeit die Konsequenzen des Kampfes vergisst und seine Charaktere auf ihrem Weg durch ihre existenzielle Krise hindurch begleitet, positioniert sich der Roman als fundierte Gegenrede zum Bild einer friedlichen, gleichberechtigten und unbeschädigten, französischen Gesellschaft. Doch signalisiert die Gegenrede Dialog. Sie bricht mit dem Kampf, indem sie ihn bespricht, seiner Ausweglosigkeit aber auch gelebte Wirklichkeit, Sehnsüchte und Wünsche entgegen stellt. Zum Beispiel in der Form von Salagnons grosser Lebensliebe Euridice.

Die Ohnmacht der Menschen und das Verschwinden ihrer Menschlichkeit im Krieg spricht direkt Jenni These an: Diese Menschen gehen in den Krieg und sie kommen nicht so zurück, wie sie vorher waren. Mit sich bringen sie Geister; Dinge, die nicht angesprochen werden dürfen, Diskurse, die vielleicht mit rassistischen oder gewaltbereiten Begriffen besetzt sind oder Sachverhalte, die das menschliche Verständnis übersteigen. Wie die Menschen auch leben die Geister in der Gesellschaft und es kommt zur Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Sprache versagt, die Zunge bleibt im Mund stecken. Blut, Abstammung, Klasse, Boden bestimmen die tabuisierten Kategorien anhand derer sich die Gesellschaft in ein Wir und ein Sie einteilt. Der Wille zur Konfrontation durchziehe die gesamte französische Gesellschaft und mache die eigentliche französische Kunst des Krieges aus. Denn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges führte Frankreich noch während 20 weiteren Jahren Krieg. Das Kolonialreich führte Rückzugsgefechte, in Indochina, in Algerien und anderen Orten. Wie Victorien Salagnon vergass es, weshalb es Krieg führte. Schliesslich kämpfte

Fortsetzung Seite 6

SFB vertritt den Weltfriedensrat in Genf

Als Berater bei der UNO

Der Weltfriedensrat ist seit seiner Gründung 1949 als Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) vertreten. Hatten diesen Status damals bloss einige Dutzend Organisationen inne, teilt sich der Weltfriedensrat diese Funktion heute mit etwas über 3000 NGO's. Neuer Vertreter des Weltfriedensrates bei der UNO in Genf ist seit kurzem das Mitglied des Sekretariates der Schweizerischen Friedensbewegung, Samuel Wanitsch.

Der Wirtschafts- und Sozialrat ist gemäss Art. 7 der Charta der Vereinten Nationen eines der sechs Hauptorgane der UNO.

Er hat die Aufgabe, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben. Die Förderung der Menschenrechte nimmt dabei einen wichtigen Stellenwert ein. So haben die NGO's mit Beraterstatus beim

ECOSOC auch Einsitz als Beobachter an den Tagungen des UNO-Menschenrechtsrates in Genf.

Im Einzelnen umfasst das Mandat des ECOSOC gemäss Art. 62 Uno-Charta:

- Durchführung von Untersuchungen über internationale Angelegenheiten auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur,

der Erziehung, der Gesundheit und auf verwandten Gebieten sowie das Verfassen oder Veranlassen von Berichten; er kann zu jeder solchen Angelegenheit Empfehlungen an die Generalversammlung, die Mitglieder der Vereinten Nationen und die in Betracht kommenden Sonderorganisationen richten.

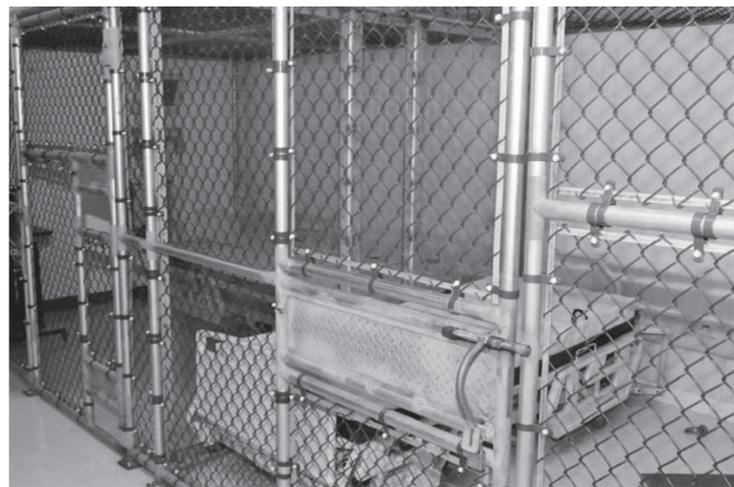
- Formulieren von Empfehlungen, um die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern.
- Die Möglichkeit, internationale Konferenzen einzuberufen.

Der ECOSOC koordiniert die Arbeit von vierzehn Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, zehn Funktionalen Kommissionen (darunter zur Rechtsstellung der Frau) und fünf Regionalkommissionen. Mehr als 3000 Nichtregierungsorganisationen (NGO) verfügen über den sogenannten Beraterstatus des ECOSOC. Akkreditierte NGO's können Expertisen einbringen oder beratend wirken, indem sie zu Fragen ihres Arbeitsgebietes empfehlende Berichte beim ECOSOC einreichen.

Der neue WFR-Vertreter beim ECOSOC Samuel Wanitsch hat Jahrgang 1947 und ist in Aarburg aufgewachsen. Nach der Verkehrsabteilung an der Kantonsschule Olten wirkte er zunächst in einem Bundesbetrieb und bildete sich dann weiter als Sozialpädagoge. Dem Ausbildungsabschluss folgte eine langjährige Tätigkeit in sozialen Institutionen mit Kindern und Jugendlichen aus schwierigsten Verhältnissen. Seit Sommer 2012 ist der Vater zweier erwachsener Kinder pensioniert.

Samuel Wanitsch ist seit Jahr und Tag engagiert im Umweltschutz (aktiver Besetzer in Kaiseraugst), in der Gewerkschaft, in der Friedensbewegung und in der Solidarität mit Kuba und Lateinamerika. Seit 2000 koordiniert er auf nationaler Ebene die Aktivitäten der Vereinigung Schweiz-Cuba. An der Jahrestagung 2013 der Schweizerischen Friedensbewegung wurde Sämti Wanitsch in das Sekretariat der SFB gewählt.

Redaktionsschluss dieser UW:
5. November 2013



Bettenstation im Gefängnis des US-Marinestützpunktes auf Guantánamo. Foto Army Sgt. Brian Godette.

Medizinisches Personal in US-Kerkern

Ärzte als Folterhelfer

Eine Studie entlarvt die systematische Einbindung von Medizinern in menschenrechtswidrige Verhöre in US-Militärgefängnissen.

Von Christian Selz

«Ernsthafte Ungenauigkeiten» und «fehlerhafte Schlussfolgerungen»: CIA-Sprecher Dean Boyd giftete sein Dementi gewohnt reaktionsschnell. Stein des Anstosses war die Präsentation der Studie «Ethik fallengelassen» einer Gruppe von 20 Experten aus Militär, Medizin, Rechts- und Gesundheitswesen. Finanziert vom Institute on Medicine as a Profession (IMAP) und den Open Society Foundations (OSF) des US-Milliardärs George Soros befassten sich die Forscher zwei Jahre lang mit der Rolle des medizinischen Personals in den Militär-Kerkern von CIA und Pentagon in Guantánamo, Afghanistan und weiteren geheimgehaltenen Orten weltweit. Ihr Resümee: Amerikanische Dienste haben Mediziner nicht nur in Verhöre und Folter eingebunden, sie liessen von diesen sogar Methoden «entwickeln». Trotz «Schritten des Verteidigungsministeriums zur Verbesserung der Behandlung von Inhaftierten» wende die CIA weiter Praktiken an, «die professionelle Standards unterminieren».

Die Mediziner in Diensten des «Office for Medical Services», der medizinischen Einheit der CIA, haben sich der Studie zufolge zu Komplizen gemacht. Bei der «Überprüfung und Abnahme von Folterformen, einschliesslich Waterboarding», hätten sie eine «wichtige Rolle» gespielt. Auch für die Empfehlung an das Justizministerium, dass Methoden der «erweiterten Befragung» – namentlich ausgedehnter Schlafentzug und wiederum Waterboarding – medizinisch akzeptabel seien, waren die CIA-Ärzte demnach verantwortlich. In der Praxis habe medizinisches Personal gar an «Verhören mit Misshandlungen» teilgenommen und die Militärs zu Haftbedingungen beraten, mit denen Ängste von Gefangenen gesteigert werden können. Ärzte und Pfleger lieferten medizinische Untersuchungsergebnisse zu Schwächen und Leiden von Häftlingen, die dann gegen diese verwendet worden sind, und führen bis heute die Zwangsernährung von Hungerstreikenden durch. Letzteres ist ein klarer Verstoß gegen das Verbot sowohl des Weltärztebundes (WMA) als auch der US-amerikanischen Ärztereinigung (AMA).

Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen waren dabei offensichtlich politisch geplant und beabsichtigt. Dem Report zufolge hätten die Praktiken und Vorschriften des Verteidigungsministeriums die Mediziner zusätzlich daran gehindert, Inhaftierte angemessen zu versorgen oder Misshandlungen nach anerkannten internationalen Standards zu melden. «Sich eine Uniform anzuziehen, kann

und sollte die fundamentalen Prinzipien der professionellen Medizin nicht ausser Kraft setzen», kritisierte IMAP-Präsident David Rothman.

Die Forscher forderten eine «vollständige Untersuchung» der medizinischen Praktiken in Gefängnissen und die Veröffentlichung eines Senatsreports zu CIA-Praktiken.

Quelle: junge welt, leicht gekürzt

Fortsetzung von Seite 5



Alexis Jenni: Die französische Kunst des Krieges, Luchterhand Literaturverlag, München 2012, 768 S., ca. Fr. 35.50. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89, buecher-waser@bluewin.ch

es gegen Sie. Immer weiter führte dieser Kampf und heute führt Frankreich einen Krieg nicht mehr jenseits seiner Nationalgrenzen, sondern innerhalb; gegen Araber, gegen Arbeitslose, gegen alle, die nicht zum Wir gehören. Der Krieg funktioniert als ein alltägliches Prinzip.

Die französische Kunst des Krieges ist die erste Veröffentlichung von Alexis Jenni. Er erhielt für den Roman im Jahr 2011 den Prix Goncourt, ein angesehener französischer Literaturpreis, der auch für besondere erzählerische Güte stehen soll. Nur ein Jahr später, 2012, wurde der Friedensnobelpreis an die Europäische Union verliehen. Und der Autor macht hier keine Ausnahme: Wenn er in Passagen etwa die Polizeigewalt nachzeichnet, mit der Razzien durchgeführt werden, dann ist er in der Rolle Victorien Salagnons, er ist ein Beteiligter und seine Gedanken treffen auf eine beunruhigende, unbequeme Aktualität. Eine Frage, die nach der Lektüre unbeantwortet bleibt, könnte lauten: Ist das, was er beschreibt, auf Frankreich beschränkt?



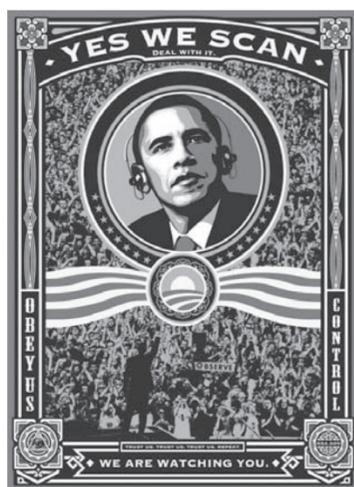
Kämpfer für die Menschenrechte: Samuel Wanitsch an einer Mahnwache zur Befreiung der fünf kubanischen Antiterroristen, die seit 1998 in den USA gefangen gehalten werden. Foto zvg.

SFB an Seminar und Kundgebung im kubanischen Guantánamo

Militärstützpunkte im Cyber-War

Die Schweizerische Friedensbewegung ist mit UW-Redaktor Martin Schwander und SFB-Sekretariatsmitglied Samuel Wanitsch am Internationalen Seminar gegen ausländische Militärstützpunkte vertreten, welches vom 17. – 20. November in Guantánamo im Osten Kubas stattfindet. Vorgesehen dabei ist auch eine Kundgebung mit einer Friedenskantate in Sichtweite des Konzentrationslagers, welches die USA in der von ihnen illegal besetzt gehaltenen Bucht von Guantánamo eingerichtet haben.

Die Vertreter der Schweizerischen Friedensbewegung werden sich aktiv an den Diskussionen in Guantánamo beteiligen. «Wir haben in unserem Land im herkömmlichen Sinn zwar keine fremden Militärstützpunkte», meint UW-Redaktor Martin Schwander. «Wenn wir den Begriff der Kriegsführung jedoch auf den sogenannten Cyber-War ausdehnen, dann ist die Schweiz sehr wohl mit betroffen.» Schwander erinnert an den Horchposten in Leuk, der mit dem US-Verteidigungsministerium liiert ist und beispielsweise im Irak-Krieg eine bedeutende logistische Rolle gespielt haben soll. Die Satellitenschüsseln wurden im Jahr 2000 von der Swisscom an die US-Firma Verestar verkauft, die gemäss dem Journalisten Don Tugener der NSA



und deren Spionageprojekt Echelon die notwendige Infrastruktur besorg-

te. Nach der Verestar-Pleite gehört die Satellitenbodenstation im Wallis heute der Firma Signalhorn aus Backnang, die sich auf ihrer Webseite wiederum der Kommunikationslösungen unter «besonders herausfordernden Bedingungen» fürs Militär rühmt. «Aber auch die Abhörstationen in den diplomatischen Vertretungen der USA müssen im heutigen Cyber-War als militärische Stützpunkte betrachtet werden. Mit diesen Abhörstationen werden unter anderem Gegner der imperialen US-Politik ausgemacht und als «Terroristen» zur Ermordung via Drohnen «freigegeben.» Die Weltgemeinschaft müsse die Einsetzung eines UNO-Sonderermittlers fordern, der die diplomatischen Vertretungen der USA in Genf und diversen Hauptstädten auf die völkerrechtswidrigen Abhörvorrichtungen absucht und die entsprechenden Gerätschaften der Vernichtung zuführt. «Das muss analog beispielsweise der Suche nach Chemiewaffen in Syrien erfolgen, wo die UNO-Ermittler ebenfalls Zugang zu geheimsten Anlagen erzwingen konnten.», meint Schwander.

Friedensnobelpreis an die OPCW

Auf Nummer sicher

Der Friedensnobelpreis 2013 ging an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen OPCW. Nicht alle Kommentatoren zeigten sich darob begeistert.

Der Sprecher des deutschen Bundesausschusses Friedensratschlag Peter Strutynski meinte zur Bekanntgabe des diesjährigen Friedensnobelpreisträgers in einer ersten Stellungnahme:

Peter Strutynski

«Nach einigen höchst umstrittenen und aus friedenspolitischer Sicht unmöglichen Entscheidungen ging das Nobelpreis Komitee in diesem Jahr auf Nummer sicher, indem es eine allgemein anerkannte internationale Organisation auszeichnete: Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) wird von 188, d.h. fast allen Staaten der Welt getragen und hat die Aufgabe, die Einhaltung der Chemiewaffenkonvention aus dem Jahr 1992 zu überwachen. Derzeit sind Inspektoren der OPCW in Syrien vor Ort, um die vereinbarte Vernichtung von chemischen Kampfstoffen und ihren Trägern zu beaufsichtigen.

Die OPCW ist eine unabhängige Organisation, vertraglich aber an die UNO angebunden. Das Mandat zur Überprüfung der syrischen Chemiewaffen erhielt sie vom UN-Sicherheitsrat. Insofern knüpft die Entscheidung Oslo an ähnliche Auszeichnungen etwa für die UNO (2001), die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO, 2005) oder den Weltklimarat (IPCC, 2007) an.

Das Nobelpreis Komitee liess dieses Mal viel Vorsicht bei seiner Entscheidung walten. Zu stark klang offenbar die Kritik an der letztjährige Vergabe des Friedensnobelpreises an die Europäische Union oder an Barak Obama im Jahr 2009 nach. So einen Fehler wollte man sich nicht mehr erlauben.

Mutig war die Entscheidung aber nicht. UN-Einrichtungen oder ihnen assoziierte Organisationen kommen als Preisträger aus unserer Sicht nur dann in Frage, wenn sie selbst politisch initiativ werden und in schwierigen Situationen wertvolle Beiträge zur Friedensstiftung leisten.

Eine Reihe von Kandidaten für den Friedensnobelpreis ist nicht berücksichtigt worden: Zu nennen sind etwa die Whistleblower Chelsea (Bradley) Manning (die ihre Aufklärung von Kriegsverbrechen mit einer lebens-

länglichen Gefängnisstrafe bezahlen muss) oder Julian Assange, dessen Enthüllungsplattform Wikileaks weltweit die Aufmerksamkeit auf völkerrechtswidrige Kriegshandlungen und -vorbereitungen lenkte. Von Edward Snowden ganz abgesehen, der allerdings aus formalen Gründen für den diesjährigen Nobelpreis (noch) nicht in Frage kam. Auch die Verhandlungspartner zur Beendigung des Jahrzehnte dauernden Bürgerkriegs in Kolumbien (Regierung und Befreiungsorganisation FARC) wären würdige Preisträger gewesen. Hinzu kommen unsere Wunschkandidaten Jean Ziegler (Schweiz), Malalay Joya (Afghanistan) oder die zivilgesellschaftliche Kampagne zur Ächtung von Streubomben (Cluster Munition Coalition – CMC), auf deren Druck hin 2008 eine internationale Konvention zur Ächtung solcher Waffen zustande gekommen ist.

Unser Fazit: Das Nobelpreis Komitee wollte diesmal nicht anecken und ging den sicheren Weg. Es wird daher viel Beifall und wenig Kritik geben. Die Friedensbewegung hätte sich mehr gewünscht.»

Prof. Stephen Zunes

Stephen Zunes, Professor für Politikwissenschaft und Vorsitzender der Mittelost-Studien an der Universität von San Francisco, erinnert daran, dass die Leitung der OPCW unter der Bush-Administration angegriffen und untergraben wurde, «weil sie es wagte, für die Bestimmung der Existenz dieser gefährlichen Arsenale Inspektionen zu benutzen statt unbestätigte Behauptungen, und friedliche Mittel statt Krieg forderte, um diese zu eliminieren.»

In den fünf Jahren der unermülichen Führung Jose Bustanis, eines brasilianischen Diplomaten, stieg die Anzahl der Signatarstaaten von 87 auf 145 Länder, die schnellste Wachstumsrate einer internationalen Organisation in den letzten Jahrzehnten, und seine Inspektoren überwachten die Vernichtung von zwei Millionen Chemiewaffen, die zwei Drittel der Chemiewaffenbestände der Welt ausmachten. «Da Bustani aber darauf be-

stand, dass die OPCW auch die Chemiewaffenbestände der Vereinigten Staaten von Amerika mit demselben Nachdruck inspizierte wie die anderer Länder, und weil seine Bemühungen, Saddam Husseins Irak dazubringen, der Chemiewaffenkonvention beizutreten und seine Bestände für unangemeldete Inspektionen zu öffnen, die Behauptungen der Vereinigten Staaten von Amerika untergraben hätten, dass der Irak noch immer deren Entwicklung betrieb, erzwang die Bush-Administration erfolgreich seine Entfernung.»

Die auf ihn folgende OPCW-Führung sei viel schwächer und unwilliger gewesen, die Vorrechte grosser Mächte in Frage zu stellen, was sich jetzt an der Tatsache zeige, dass sie zur Zeit dabei sind, das syrische Chemiewaffen-Arsenal zu eliminieren, während die gewaltigen Bestände der Alliierten der Vereinigten Staaten von Amerika, Israel und Ägypten, unangestastet blieben, meint Professor Zunes. «Immerhin machte die Tatsache, dass die OPCW existiert, es möglich, den Angriff der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Syrien zu verhindern und damit die wahrscheinlich katastrophalen Konsequenzen, die daraus entstanden wären.»

John Y. Jones

John Y. Jones von Networkers SouthNorth seinerseits meint: «Wenn Sie der Ansicht sind, dass 500 Bürokraten den Friedensnobelpreis dafür verdienen, dass sie ihre Arbeit ordentlich verrichten, dann liegen Sie auf der selben Linie wie das norwegische Friedenspreiskomitee und sein Vorsitzender Torbjorn Jagland. Der Friedensnobelpreis 2013 für OPCW ist allerdings ein Preis, der offene Türen einrennt. Niemand ist gegen die Idee einer chemiewaffenfreien Welt. Nur ein paar Supermächte machen noch immer nicht weiter. Leider wird sie dieses Ereignis nicht herausfordern.»

Jones erinnert daran, dass UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zwar verlangt habe, die chemische Abrüstung bis 2018 zu vollziehen, die USA aber sofort erklärt hätten, ihre Bestände erst bis 2023 zu vernichten.

Und Jones fügt hinzu: «Der Kampf gegen die scheusslichen Leben und Ressourcen zerstörenden Megakriege in Irak, Libyen und Afghanistan liegt anscheinend weit ausserhalb des Radars des Nobelkomitees.»

Quellen: junge welt/www.accuracy.org

GEGEN GEWALT AN FRAUEN

DAO

NATIONALE KUNDGEBUNG

ZUM ABSCHLUSS DER ONLINE-KAMPAGNE DER DACHORGANISATION DER FRAUENHÄUSER SCHWEIZ UND LIECHTENSTEIN (DAO) UND ZUM AUFTAKT DER 16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

SAMSTAG 23. NOVEMBER 2013, BUNDESPLATZ BERN, 15.00 BIS 16.30

MIT REDEN, MUSIK UND AKTION

Myriame Zuffrey Vorstand DAO, Frauenhaus Biel
 Jacqueline Fehr Nationalrätin, Vizepräsidentin, SP, Präsidentin «Kinderschutz Schweiz»
 Christoph Jäggi Gewaltberater, «Fachstelle Gewalt Bern»
 Ada Marra Nationalrätin, «violence que faire»
 Amanda Weibel Campaignerin «16 Tage gegen Gewalt an Frauen», cfd

SOFORT ANPACKEN

Appell ans Parlament: Umgehende Ratifizierung der Europakonvention zur VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG VON GEWALT GEGEN FRAUEN UND HÄUSLICHER GEWALT

Eine vom Bund finanzierte gesamtschweizerische Strategie gegen jegliche Formen von Gewalt an Frauen und Kindern- auch für die Prävention von Gewalt!

Schweizweite Koordination der Gewaltschutzmassnahmen

Bessere und gesicherte Finanzierung des Opferschutzes

3 x mehr Betten! 1 Bett auf 10'000 EinwohnerInnen gemäss EU-Standard, dh. 750 mit öffentlichen Geldern finanzierte Betten in Frauenhäusern

Gegen Gewalt an Frauen – unterschreibe jetzt auf www.frauenhaus-schweiz.ch

violencequefaire.ch

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN 2013 - 16.12.

Solidaritätsveranstaltung der BFFF im Rahmen von «16 Tage gegen Gewalt an Frauen»

Frauen in der Westsahara

Omeima Abdeslam, Vertreterin der Befreiungsfront für die Westsahara (POLISARIO) in der Schweiz und bei der UNO in Genf spricht auf Einladung der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt BFFF über die aktuelle politische Lage des Volkes der Saharaoui, über die Situation in den Flüchtlingslagern im Süden Algeriens und in den von Marokko besetzten Gebieten und speziell über die Situation der betroffenen Frauen.

Die Solidaritätsveranstaltung, die das traditionelle «Niggi-Näggi»-Fest der BFFF rund um den Chlausentag ablöst, findet statt am

Freitag, 6. Dezember 2013 um 19.30 Uhr im Basler Schmiedenhof, Eingang Rümelinsplatz

Bereits **ab 15 Uhr** ist am selben Ort der **Solidaritätsbazar** geöffnet, mit u.a. Olivenöl und Zatar-Gewürz aus Palästina, mit Kunsthandwerk aus dem In- und Ausland, mit Büchertisch und reichlich Informationsmaterial.

Für das kulinarische Wohl ist ebenfalls gesorgt.

Für weitere Veranstaltungen der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen», die vom Christlichen Friedensdienst cfd koordiniert wird, siehe unter www.16tage.ch. Die Kampagne startet am Samstag, 23. November 2013 um 15 Uhr mit einer Nationalen Kundgebung auf dem Berner Bundesplatz zum Thema «Wir setzen ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen».

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch



Immer öfter stösst die Vergabe des Friedensnobelpreises auf Unverständnis. Wie etwa 2009 an US-Präsident Obama. Karikatur: Latuff



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

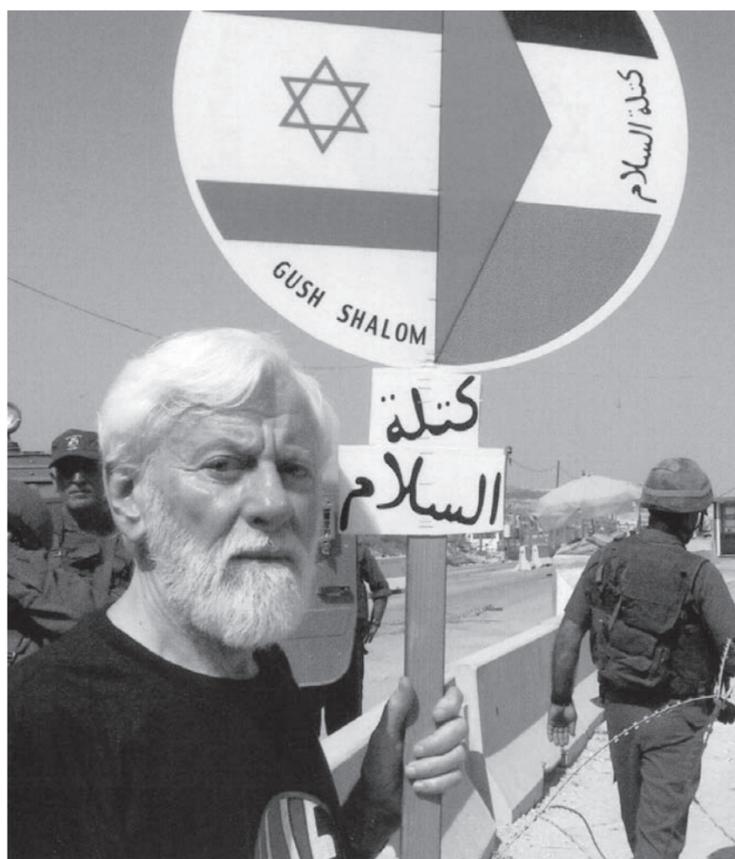
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!



Uri Avnery: Der streitbare israelische Friedenskämpfer und ehemalige Abgeordnete der Knesset setzt weiterhin auf eine Zweistaatenlösung in Palästina. Foto Gush Shalom.

Zum 90. Geburtstag von Uri Avnery

Wohin geht Israel?

Aus Anlass des 90. Geburtstages des israelischen Friedensaktivisten und Publizisten Uri Avnery fand am 28. Oktober in der Tel Aviver Tzavta-Halle eine Diskussionsrunde mit wichtigen Historikern über die Frage statt: «Wird Israel weitere 90 Jahre existieren?» Hier folgt eine leicht gekürzte Version von Avnerys eigenen Bemerkungen dazu.

Von Uri Avnery

Wird Israel noch weitere 90 Jahre bestehen? Diese Frage an sich ist typisch für Israel. Keiner würde diese Frage in England oder Deutschland oder gar in andern Staaten, die durch Immigration entstanden sind, wie Australien oder die USA, ernsthaft stellen.

Doch hier sprechen die Leute ständig von «existenziellen Gefahren». Ein palästinensischer Staat ist eine existentielle Gefahr. Die iranische Bombe ist eine existentielle Gefahr. Warum? Sie werden ihre Bombe haben, wir haben unsere Bombe; so wird es ein «Gleichgewicht des Terrors» geben. Na, und?

In unserm nationalen Charakter gibt es anscheinend etwas, das Selbstzweifel und Unsicherheit erzeugt. Vielleicht der Holocaust. Vielleicht ein unbewusstes Gefühl von Schuld? Vielleicht die Folge eines ewigen Krieges oder sogar der Grund für einen?

Welche Art von Israel?

Lassen Sie mich direkt von Anfang an erklären: Ja, ich glaube, Israel wird nach 90 Jahren noch bestehen. Die Frage ist: welche Art von Israel? Wird es ein Land sein, auf das ihre Ur-, Ur-, Ur-Grossenkel und Töchter stolz sein werden? Ein Staat, in dem sie gerne leben werden?

An dem Tag, an dem der Staat gegründet wurde, war ich 24 Jahre alt. Meine Kameraden und ich waren Sol-

daten in unserer neuen Armee, aber wir dachten nicht, das Ereignis sei bedeutsam. Wir bereiteten uns für die in der Nacht bevorstehende Schlacht vor. Die Reden der Politiker in Tel Aviv interessierten uns nicht besonders. Wir wussten, wenn wir den Krieg gewinnen würden, würde es einen Staat geben. Wenn nicht, dann würde es weder einen Staat noch uns geben.

Ich bin keine nostalgische Person. Ich hatte vor dem Krieg 1967 keine Nostalgie für Israel gehabt, wie einige meiner Kollegen dies hier ausgedrückt haben. Eine Menge war damals auch falsch. Eine riesige Menge arabischer Besitz wurde enteignet. Aber lasst uns nicht zurückblicken. Schauen wir auf das Israel von heute und fragen wir uns: Wohin geht's von hier?

Keine Einstaatenlösung

Wenn Israel seinen jetzigen Kurs weitergeht, wird es eine Katastrophe geben.

Das erste Stadium wird Apartheid sein. Sie besteht schon in den besetzten Gebieten, und sie wird sich ins eigentliche Israel ausbreiten. Der Abstieg in den Abgrund wird nicht dramatisch und überstürzt sein. Es wird nach und nach geschehen, fast unmerklich.

Danach wird der Druck auf Israel langsam wachsen. Demographie wird ihr Werk tun. Irgendwann, bevor die 90 Jahre vorbei sind, wird Israel gezwungen sein, den Palästinensern die Bürgerrechte zu gewähren. Dann

wird eine Mehrheit der Bürger Araber sein. Ja, Israel wird ein Staat mit einer arabischen Mehrheit sein.

Manche mögen das begrüssen. Aber es wird das Ende des zionistischen Traumes sein. Der Zionismus wird eine historische Episode sein. Dieser Staat wird wie jedes andere Land sein, wo Juden – diejenigen, die hier bleiben werden – in der Minderheit leben.

Da gibt es solche, die sagen: «Es gibt keine Lösung». Wenn es so ist, sollten wir uns alle einen ausländischen Pass anschaffen.

Einige träumen von einer sog. «Ein-Staaten-Lösung». Nun, während des letzten halben Jahrhunderts sind viele Staaten, in denen verschiedene Nationen zusammen lebten auseinander gebrochen. Eine unvollkommene Liste: die Sowjetunion, Zypern, Jugoslawien, dann Serbien, Tschechoslowakei, Sudan. Es hat kein einziges Beispiel in dieser Zeit gegeben, in dem sich zwei Nationen freiwillig in einem Staat vereint leben. Kein einziges.

Ich habe keine Angst vor irgendeiner militärischen Bedrohung. Es gibt keine wirkliche Gefahr. Nicht in unserer Zeit. Kein Land, das Atomwaffen besitzt, kann durch Gewalt zerstört werden. Wir sind in der Lage, uns selbst zu verteidigen.

Eher fürchte ich interne Gefahren: die Implosion unser intellektuellen Standards, die Vermehrung des parasitischen orthodoxen Establishment und besonders Auswanderung. Die ganze Welt wird immer beweglicher. Familien trennen sich. Zionismus ist eine Strasse mit Verkehr in zwei Richtungen. Wenn du in Los Angeles ein so guter Jude sein kannst wie in Haifa, warum dann bleiben?

Die Verbindung zwischen Israel und den Juden in aller Welt wird langsam schwächer werden. Das ist natürlich. Wir sind eine neue Nation, verwurzelt in diesem Land. Dies ist unser reales Ziel. Unsere Verbindung mit der Diaspora wird – sagen wir – wie zwischen Australien und England sein.

Überlebt der Nationalstaat?

Ich möchte eine grundsätzliche Frage stellen: wird der Nationalismus selbst überleben?

Wird er von neuen kollektiven Organisationen und Ideologien ersetzt werden?

Ich denke, der Nationalismus wird weiter bestehen. Im letzten Jahrhundert gelang es keiner Macht, ihn zu überwinden. Die internationalistische Sowjet-Union ist zusammengebrochen und hinterliess nichts als einen ungezügelten, rassistischen Nationalismus. Kommunismus hat nur Erfolg, wenn er auf dem Nationalismus ritt wie in Vietnam und China. Der Religion war es gelungen, wenn sie auf dem Nationalismus ritt, wie im Iran.

Worin liegt die Macht des Nationalismus? Es scheint, dass das menschliche Wesen ein Zusammengehörigkeitsgefühl braucht, ein Gefühl zu einer bestimmten Kultur, Tradition, zu historischen Erinnerungen (real oder erfunden) zu gehören, auch zu einer Heimat und Sprache.

Ich sollte die Frage anders stellen: Wird der Nationalstaat überleben?

Objektiv gesehen ist der Nationalstaat ein Anachronismus. Er kam

während der letzten drei Jahrhunderte auf, weil die Wirtschaft einen grossen lokalen Markt benötigte, benötigte sie eine adäquate Armee usw. dies benötigte die Grösse, sagen wir, wie die Frankreichs. Aber jetzt sind fast alle diese Funktionen von regionalen Blöcken wie der EU übernommen worden.

Dies ist der Grund für ein seltsames Phänomen: während Nationalstaaten sich zu grösseren Unionen vereinigen, brechen sie selbst in kleinere Staaten auseinander. Schotten, Korsen, Flamen, Katalanen, Basken, Tschechen, die französischen Kanadier und viele, viele mehr, die Unabhängigkeit suchen.

Warum? Ein Schotte denkt, ein unabhängiges Schottland könne sich der EU anschliessen und all die Vergünstigungen einstecken, ohne unter dem englischen Snobismus leiden zu müssen. Lokaler Nationalismus übertrumpft grösseren Nationalismus.

Uri Avnerys optimistische Vision

Wo werden wir also in 90 Jahren sein zu Beginn des 22. Jahrhunderts?

Im Jahr meiner Geburt 1923 rief ein österreichischer Edelmann mit Namen Graf Nikolaus Coudenhove-Kalergi zu einer pan-europäischen Bewegung auf, um die Vereinten Staaten von Europa zu schaffen. In jener Zeit, ein paar Jahre nach dem 1., und wenige Jahre vor dem 2. Weltkrieg klang dies wie eine verrückte Utopie aus. Jetzt haben wir die europäische Union.

In diesem Augenblick sehen «die Vereinten Staaten der Welt» wie eine verrückte Utopie aus. Aber da gibt

es kein Entkommen vor solcher Art Weltregierung. Die globale Wirtschaft benötigt dies, um zu funktionieren. Globale Kommunikation machen es möglich. Globale Spionage ist schon unter uns. Nur eine effektive globale Autorität kann unseren leidenden Planeten vor Kriegen und Bürgerkriegen retten, auch vor weltweiten Epidemien und kann dem Hunger ein Ende setzen

Kann eine Weltregierung demokratisch sein? Ich hoffe es. Die Weltkommunikation macht es möglich. Eure Nachkommen werden ein Weltparlament wählen.

Wird der National-Staat weiter in dieser «tapferen neuen Welt» existieren? Ja, er wird.

So wie Nationalstaaten im heutigen Europa existieren: jeder mit seiner Flagge, seiner Nationalhymne, seinem Fussballteam, seiner lokalen Verwaltung.

Dies ist meine optimistische Vision. Israel, der National-Staat des israelischen Volkes, eng verbunden mit dem National-Staat des palästinensischen Volkes, wird Mitglied einer regionalen Union sein, die die arabischen Staaten einschliessen wird und hoffentlich auch die Türkei und den Iran als stolzes Mitglied der Vereinigten Staaten der Welt.

Ein demokratischer, liberaler und säkularer Staat, in dem eure Nachkommen stolz erklären werden: «Ich bin ein Israeli!»

(Aus dem Englischen von Ellen Rohlfs, vom Verfasser autorisiert und von der UW-Redaktion mit Zwischen-titeln versehen.)

Samstag 30. November 2013
im Gemeinschaftszentrum Riesbach,
Seefeldstrasse 93, 8008 Zürich

Kriege enden nicht,
wenn keine Bomben mehr fallen...

...und die Kämpfe aufgehört haben.
Die Zerstörungen dauern viel länger an,
in der Landschaft ebenso
wie im Gedächtnis und in den
Körpern der Menschen.

17 Uhr: „Don't Burn“ Film von Nhat Minh Dang

Der Film folgt dem Tagebuch der jungen vietnamesischen Ärztin Dang Thuy Trâm, welche während des Vietnamkrieges in einem Dschungellazarett der Befreiungsfront arbeitete – bis ein gezielter Schuss ihr Leben auslöschte.

19 Uhr: Solidaritäts-Essen

Vietnamesinnen aus der Region Zürich kochen zugunsten der Opfer von Agent Orange und des Mikrokredit-Projekts der VSV für alte Menschen.
Anmeldung unter a.weil@sunrise.ch oder 044 462 20 03

Während des ganzen Abends:

Opfer des US-Krieges in Vietnam,
Collage in Ton und Bildern von Ruedi Bolliger.

Vereinigung Schweiz-Vietnam / Association Suisse-Vietnam
Postfach 8164 • CH-8036 Zürich
www.vsv-asv.ch

Am Sonntag, 1. Dezember, am gleichen Ort Basar der Partei der Arbeit Zürich

Ab 11 Uhr: Bio-Brunch
13 Uhr: Opfer des US-Krieges in Vietnam
13.30 Uhr: „Don't burn“
15 Uhr: „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“
Dokumentation von Frieder Wagner über Uranwaffen und ihre Folgen

Während des ganzen Tages: Kaffeestube, Olivenöl aus Palästina, Kunsthandwerk aus Vietnam, Handarbeiten und Raritäten, antiquarische Bücher... auf Wunsch Wiederholung der Filme.